

Informationen zur „Volksbefragung“ 20. Jänner 2013

Ein Begleitbuch

Bernhard Kraut

Amtlicher Stimmzettel
für die
Volksbefragung am 20. Jänner 2013

- a) Sind Sie für die Einführung
eines Berufsheeres und eines
freiwilligen bezahlten Jahres?"
oder
- b) Sind Sie für die Beibehaltung
der allgemeinen Wehrpflicht und
des Zivildienstes?

Inhalt

Vorwort	4
Umfrage-Zwischenstand zur “Volksbefragung” Bundesheer – Keine Mehrheit für Regierungsfrage.....	5
Flüchtlingsströme	7
Kindersoldaten.....	11
Internationale Friedenstruppen: Zaungäste beim Massenmorden	15
Wo Militär ist, ist nur Schatten	18
Wer an der “Volksbefragung” Bundesheer teilnimmt, bestätigt der Regierung ihr Recht auf Verhöhnung	20
“Volksbefragung” Bundesheer – Verletzung des Bundesgleichbehandlungsgesetzes?	23
Volksbefragung – In Österreich verstanden als ein gegen Menschen einsetzbares demokratisches Instrument?.....	25
Spindelegger sagt Nein zu Wehrpflicht-Plebiszit	27
Keine Mehrheit mehr für Regierungsfrage zur Wehrberufsheerpflicht.....	30
Wofür Waffen um 310 Milliarden Steuergeld gekauft werden: Zum Verschrotten – Leider nicht nur	32
Wer volkswirtschaftlich argumentiert, kann weder für Berufsheer noch Wehrpflicht sprechen.....	37
Knapper Vorsprung für Regierungsfrage nach Wehrberufsheerpflicht – Ein Zwischenstand	41
“Verpulvertes Geld: Fekter will Volksbefragung absagen”	44
Absage der steuergeldteuren “Volksbefragung” Bundesheer	48
Einige verantwortungsvolle Antwort an diese Regierung: Null-Beteiligung an der Volksbefragung vulgo Parteigagpolitik Bundesheer.....	51

Regierungsbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer – Ein Fiasko	53
Für ein Berufsheer sind nur 21 Prozent	56
Die Geld-Her-oder-Geld-Her-Volksbefragung zum Bundesheer am 20. Jänner 2013	57
Wehrberufsheerpflicht – Volksbefragung ist keine Volksbefragung Höchstens eine Umfrage, eine zwar inhaltlich arme, dafür aber steuergeldteure Umfrage	61
Eine Umfrage als Minimalvariante einer dem Namen Volksbefragung tatsächlich angemessenen Volksbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer.....	65
Umfrage zur Bundesheer-Volksbefragung am 20. Jänner 2013.....	66
Berufssoldat schießt Norbert Darabos ins Knie	68
Travestie einer Volksbefragung über die Transe mit dem Kosenamen Bundesheer.....	71
Dogma Militär.....	75
Am Flowchart pissen Hand in Hand Militär und Rüstungsindustrie stets auf alles und stets alle an.....	77
Schluß mit dem Luxus Militär	79
Eine Todesgesellschaft, die im militärischen Luxus lebt, hat kein Sparargument	81
Wer in einem Ernstfall am wenigsten in Österreich zur Verteidigung beitragen wird – Das Bundesheer	84
Nicht über Kulturetkürzungen reden, sondern Militärbudgets zu 100% für Kultur ausgeben	86
Anti-Terror-Paket/Polizeigesetz – Militär will es noch strenger.....	88
Norbert Darabos – jahreszeitlicher Erfüllungsgehilfe	90
Nicht die Wehrpflicht, das Militär ist abzuschaffen.....	92

Vorwort

Es heißt, wenige Wochen vor der „Volksbefragung“ am 20. Jänner 2013, es werde noch eine österreichweite Informationsbroschüre angedacht ...

Angedacht –, kaum noch treffender kann die gesamte „Volksbefragung“ zu Wehrpflicht und Berufsheer von niemandem mehr charakterisiert werden, als es damit die für diese „Volksbefragung“ Verantwortlichen selbst ...

Verteidigungsminister Norbert Darabos aber möchte, sollte es doch noch zu einer Herausgabe einer österreichweiten Informationsbroschüre kommen sollen, wenigstens noch in einer Online-Variante, nicht zu viele Informationen veröffentlicht wissen, nur ein paar Seiten –, an wem mißt er die Informationsaufnahmekapazitätsfähigkeit?

Ein paar Seiten ... Wie die Diskussion von der Fraktion Wehrpflicht-apologie und von der Fraktion Berufsheer-apologie gestaltet wird, reichten sogar zwei Seiten vollkommen aus, denn mehr als zwei Seiten werden nicht diskutiert, entweder Wehrpflicht oder Berufsheer. Aber auch die breite öffentliche und die breite mediale Debatte wird auf diese zwei Seiten eingeschränkt geführt. Während es doch tatsächlich sehr sehr viele Seiten gibt, die zu besprechen sind, wenn über das Militär gesprochen wird.

In dieses Begleitbuch sind beinahe alle Beiträge aufgenommen, die bereits über die Jahre veröffentlicht wurden, aber die trotz der Fülle immer noch nur einen Ausschnitt zeigen, nur anreißen, was alles zu bedenken ist, wenn es um den Komplex Militär geht ...

Dennoch wird gedacht, daß diese Informationen hilfreich sein könnten, für die Entscheidung, an dieser „Volksbefragung“ teilzunehmen oder nicht teilzunehmen.

Umfrage-Zwischenstand zur “Volksbefragung” Bundesheer – Keine Mehrheit für Regierungsfrage

Auch das heutige Zwischenergebnis dieser Umfrage bestätigt, daß die rotschwarze Regierung für ihre läppischen Frage nach Wehrpflicht und Berufsheer keine absolute Mehrheit erhält, im Gegenteil, die Zustimmung zu ihren “plakativen Sätzen” sinkt weiter. Auf ganze Prozentzahlen gerundet kommen die zusätzlichen Optionen, nach denen diese Regierung nicht fragen will, bereits auf 52 Prozent, hingegen die eine Option der Regierung bloß noch auf 48 Prozent ...

Wie die Zahlen der Umfrage zu deuten sind, wurde bereits ausführlich beschrieben, als die läppische Frage der Regierung noch eine knappe Mehrheit hatte:

Knapper Vorsprung für Regierungsfrage nach Wehrberufsheerpflicht ...

Was diese Umfrage auch zeigt, ist, daß Bürgern und Bürgerinnen im Gegensatz zur Regierung klar ist, das Thema Militär ist zu wichtig und betrifft zu viele Bereiche, um es mit einer derartigen auf eine Frage reduzierten Proporzbefragung versemeln zu lassen ... Und auf dieses Wurstsemmel-Niveau ist inzwischen die Argumentation von den Fraktionen der Berufsheer- und Wehrpflichtapologie herabgesunken, wenn die Sorge um den Absatz von Semmeln und Wurst ...

Während es beim Thema Militär um enorm größere Zusammenhänge geht, wie es auch hier versucht wurde darzustellen, etwa allein durch die vierteilige Serie des Grauens in den letzten Tagen:

Flüchtlingsströme

Kindersoldaten

Internationale Friedenstruppen – Zaungäste beim Massenmorden

Wo Militär ist, ist nur Schatten

Viele weitere Aspekte, die von dieser Regierung nicht angesprochen werden, nicht berücksichtigt werden, wurden hier ebenfalls angesprochen werden, wie Sie nachlesen können, wenn Sie hier nach Schlagwörtern suchen, etwa nach “Bundesgleichbehandlungsgesetz”, “dirigistische Demokratie”, “Proporzbefragung”, “Rüstungsindustrie”, “Wirtschaftswachstum”, “Waffen”, “Wehrpflicht”, “Berufsheer”, “Entwicklungshilfe”, “Sicherheitspolizeigesetz”, “direkte Demokratie”, “Volksbegehren”, “Eurofighter” ...

PS Sie sind weiterhin herzlich eingeladen, an dieser [Umfrage teilzunehmen, die wenigstens ein paar der denkmöglichen Optionen mehr in Bezug auf das Militär vorstellt ...](#)

Flüchtlingsströme

Worüber es in Österreich keine breite Diskussion und schon gar nicht eine breite mediale Debatte gibt, obgleich die Gelegenheit, da die rotschwarze Regierung gerade mit ihrer “Volksbefragung” mit der läppischen Frage nach Wehrpflicht und Berufsheer für den 20. Jänner 2013 ihre Unlösungscompetenz auf Wahlkarten unwiderruflich und unwiderlegbar schreibt, günstig wäre, und trotzdem nicht passiert, die breiteste öffentliche und auch medial breiteste Debatte aber dennoch endlich und umfassend notwendig ist, nämlich die darüber, was Militär tatsächlich bedeutet ...

Denn es geht weit über die [„plakativen Ja-Nein-Wehrpflicht-Sätze“](#), wie [Michael Spindelegger als einer der Zwischenwahlkampfverursachenden](#) die “Volksbefragung” richtig beschreibt, hinaus ...

In diesem vierten Teil der Serie [“Wo Militär ist, ist nur Schatten“ sind die Flüchtlingsströme](#) anzusprechen, die vom Militär als ausführende Organisation “produziert” werden. Es wird im österreichischen Zinnpuppenhaus die läppische Frage nach der Wehrberufsheerpflicht, die von der rotschwarzen Regierung längst schon gelöst hätte werden können, vor allem mit Argumenten des Geldes gefüttert, es werden volkswirtschaftliche Schätzungen in Stellung gebracht, militärgemäß aber nur solche, die den volkswirtschaftlichen Nutzen des Militärs nicht in Frage stellen, die der Beibehaltung des Militärs in gleich welcher operativen Ausrichtung, ob als ein Bundesheer mit Wehrpflicht oder als Berufsheer, das Wort reden, es wird dem Dogma Militär ein Altar errichtet, vor dem Bürger und Bürgerinnen mit den von der Rüstungsindustrie gesponserten Informationshostien abgespeist werden, deren Hauptbestandteil das Tabu ist, über die tatsächlichen Kosten des Militärs zu reden, die tatsächlichen Kosten des Militärs, die weltweit durch enorme Steuergeldsummen aufzubringen sind ...

Es wird von verdeckten Kosten gesprochen, um noch einmal auf den von Hannes Androsch und seinem Kreis aufgebotenen Wirtschaftswissenschaftler zu sprechen zu kommen, dessen höhnisches Wort von der militärischen Produktivität hier aufgenommen wurde, als gesagt wurde, das Militär “produziere” Flüchtlingsströme ... Von diesen verdeckten Kosten spricht Dekan Andreas Wagener nicht, von diesen vom Militär als ausführende Organisation verursachenden volkswirtschaftlichen Schäden spricht Dekan Andreas Wagener nicht, von diesen sprechen aber auch die von der Fraktion Wehrpflichtapologie nicht ... Und doch müssen auch diese als verdeckte Kosten zur ohnehin enormen und offen ausgewiesenen Steuergeldsumme für das Militär hinzugerechnet werden, selbst im friedensverwöhnten österreichischen Zinnpuppenhaus ...

Das österreichische Zinnpuppenhaus ist zwar ein friedensverwöhntes, aber es hat sich doch den Auswirkungen der weltweiten blutigen kriegerischen Auseinandersetzungen täglich zu stellen, die jedoch durch größte Verdrängungsanstrengungen nicht mit dem Militär in Zusammenhang gebracht werden wollen, obgleich täglich die hitzigsten Debatten über Asylwerber und Asylwerberinnen geführt werden, wird es in Österreich geschafft, die Ursachen dafür auszublenden, mehr noch, die Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, selbst dafür verantwortlich zu machen ... Es wird ausgeblendet, aus welchen Ländern die Menschen flüchten, wohl auch deshalb, weil sonst darüber anders gesprochen werden müßte, andere Konsequenzen gezogen werden müßten ...

Nach Österreich flüchten beispielsweise sehr viele aus Afghanistan, aus einem Land also, das seit Jahrzehnten den Menschen nichts anders *zu bieten* hat als Krieg, aus einem Land also, in dem sich weder die Wehrpflicht noch ein Berufsheer volkswirtschaftlich für die Menschen rechnet, sondern wirtschaftlich nur Rechnungen zugunsten der westlichen Rüstungsindustrie ausstellen lassen, die aber nicht nur die Menschen in Afghanistan zu bezahlen haben, sondern auch die der USA, die von Deutschland, die von ..., und zu einem zwar sehr geringen Teil auch die Menschen in Österreich aufgrund der Asylkosten ...

Aktives Gegenwartsgedenken

Auch die steuergeldschweren zehn Millionen Euro, die diese Proporzbefragung am 20. Jänner 2013 verschlingen wird, könnten besser investiert werden, zum einen für die aus kriegszerstörten Ländern flüchtenden Menschen, die in Österreich um Asyl ansuchen, zum anderen für eine neue Aktion, für eine Art von einem aktiven Gegenwartsgedenken, um den in Österreich friedensverwöhnten Menschen in Erinnerung zu rufen, was es heißt, in Ländern des Krieges zu leben, was es heißt, in von Militärs dominierten Ländern leben zu müssen. Asylwerber und Asylwerberinnen also einzuladen, beispielsweise in Schulen über ihre Erfahrungen zu berichten, um auch in Österreich wieder zu einem realistischen Bild über das Militär zu kommen, zu einem realen Bild, was militärische Konfliktlösung tatsächlich bedeutet, nämlich keine Lösung irgendeines Konflikts. Denn zur persönlichen Erfahrungslosigkeit der Bürger und Bürgerinnen in einem friedensverwöhnten Land trägt zusätzlich die propagandistische klinische Kriegsberichterstattung in einem friedensverwöhnten Land nur zu einer verzerrten Wahrnehmung des Militärs bei ...

Seit Anfang des Jahrtausends steigen die Flüchtlingszahlen stetig, vor allem durch die Kriege im Irak, in Afghanistan, in Somalia, im Kongo oder zuletzt der Elfenbeinküste – eine vergessene Katastrophe, die bei uns allenfalls dann in den Medien auftaucht, wenn wieder einmal Afrikaner, die nach Europa fliehen wollten, ertrunken aus dem Mittelmeer gefischt werden, oder an süditalienischen Inseln überfüllte Flüchtlingsboote stranden. Dann ist das Erschrecken jedes Mal kurzfristig groß. Aber kaum über die Gründe, die Menschen in solch verzweifelte Flucht treiben. Rasch vergessen wurde auch, dass durch den Bürgerkrieg in Libyen mit Nato-Beteiligung im vergangenen Jahr Hunderttausende aus dem Land getrieben wurden, ähnlich wie aktuell in Syrien. Die meisten flohen nicht etwa nach Europa, sondern in den angrenzenden Tschad, eines der ärmsten Länder der Erde. 365.000 Flüchtlinge beherbergt der afrikanische Staat, mit internationaler Hilfe, obwohl die meisten Einwohner dort selbst kaum genug zu essen haben.

Und wer weiß schon, dass die mit Abstand meisten Flüchtlinge aus Afghanistan kommen, wo die Amerikaner gemeinsam mit der [Nato](#) und der Bundeswehr seit 2001 einen erfolglosen Krieg gegen die Taliban führen. 2,7 Millionen Afghanen haben ihr zerrissenes Land verlassen – fast ein Zehntel der Bevölkerung. Der Großteil lebt jetzt in [Pakistan](#) und trägt dort zu Spannungen bei.

Kindersoldaten

Zum dritten Teil der Serie des Grauens zur Notwendigkeit einer breitesten Diskussion im österreichischen friedensverwöhnten Zinnpuppenhaus darüber, was Militär wirklich bedeutet, muß einleitend nichts geschrieben werden, das dritte Beispiel des Grauens spricht für sich, stuft die “Volksbefragung” mit der läppischen Frage nach Wehrpflicht und Berufsheer, die im übrigen die rotschwarze Regierung längst schon hätte ohne steuergeldschwere Proporzbefragung lösen können, auf eine nebensächlichste herab, und, es zeigt auch auf, wie in Österreich äußerst eingeschränkt bis hin zum Ausblenden über Militär sowohl seitens der Regierung als auch seitens der breiten medialen Öffentlichkeit diskutiert wird ...

Kinder im Krieg – Das ist die ‘Liste der Schande’

Nicht nur Syrien missbraucht Kinder als menschliche Schutzschilder: Überall auf der Welt werden Kinder im Krieg getötet und als Waffen eingesetzt. 32 Staaten und Milizen sind besonders schlimm.

“In fast allen aufgeführten Fällen waren Kinder unter den Opfern von Militäroperationen der Regierungstruppen”, heißt es in dem UN-Bericht, der sich auf die Zeit zwischen Januar und Dezember 2011 bezieht. Syrien ist in diesem Jahr neu auf der Liste der Vereinten Nationen – Syrien ist aber auch nur ein Land unter vielen: Insgesamt führt der UN-Bericht 52 verschiedene Gruppierungen und Konfliktparteien auf, die in etlichen Ländern Minderjährige misshandeln, missbrauchen oder gar töten.

32 dieser Gruppierungen werden bereits seit fünf Jahren auf der “Liste der Schande” genannt. Erstmals werden mehrere Organisationen genannt, die Schulen oder Krankenhäuser angegriffen haben.

Fünf weitere Verbrechen gegen Kinder sind besonders häufig: der sexuelle Missbrauch von Kindern, der Missbrauch als Kindersoldaten, die Tötung oder Verwundung von Kindern, Kindesentführungen und die Verweigerung von humanitärer Hilfe für Kinder.

Es mag nach diesen Berichten über Kindersoldaten befremdlich wirken, die wirtschaftliche und finanzielle Seite zu erwähnen, nachdem aber in Österreich im Zusammenhang mit dieser Proporzbefragung das Finanzielle ein gewichtiges aber kaum faktenbelegtes Argument ist, Wirtschaftswissenschaftler aufgeboten werden, um über den volkswirtschaftlichen Nutzen des Militärs zu referieren und Wirtschaftswachstumsschätzungen vorzulegen, dafür auch internationale, genauer, europäische Beispiele herangezogen werden, um das Militär den Bürgern und Bürgerinnen schmackhaft zu machen, das Dogma Militär zu zementieren, ist den Befürwortern und Befürworterinnen des Militärs gleich welcher organisatorischen Ausrichtung die volkswirtschaftliche Katastrophe durch das Militär in Ländern entgegenzuhalten, es im Angesicht des grauvollen Wesens des Militärs es zynisch ist, vom volkswirtschaftlichen Nutzen zu reden, und es auch nicht der Wahrheit entspricht ...

Kinder im bewaffneten Kampf

Die Hamas ruft in Kindersendungen und anderen antisemitischen Programmen ihrer zwei Fernsehanstalten, Al Quds TV und Al Aqsa TV zum bewaffneten Kampf gegen Israel auf und verherrlicht den ‘Märtyrertod’. Dies ist nichts anderes als die ideologische Indoktrination von Kindern.

In einer Kindersendung von Al Quds TV erzählt der Erzähler Abu Saleh mit strahlendem Gesicht Geschichten über Märtyrer. Vor ihm im Studio sitzen Kinder, die ihm gebannt lauschen. Die Kinder haben Waffen in der Hand, ob dies Attrappen oder echte Waffen sind, wird nicht deutlich.

Deutsche bilden womöglich Kindersoldaten aus

Die deutsche Bundesregierung kann nach einem Pressebericht nicht ausschließen, dass Deutschland in Afrika auch Minderjährige zu Soldaten für Somalia ausbildet. Eigentliches Ziel der Soldatenausbildung: Stabilität in Somalia.

Dies gehe aus einer Antwort des Auswärtigen Amtes auf eine Anfrage der Linkspartei hervor, berichtete die „Frankfurter Rundschau“ (Donnerstagsausgabe). Darin heiße es, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass unter den Rekrutierten auch Minderjährige seien. Die Auswahl der Soldaten falle in die „Verantwortung der somalischen Übergangsregierung“. Wie es in dem Zeitungsbericht weiter hieß, sind die Truppen der Übergangsregierung laut den Vereinten Nationen dafür bekannt, Kindersoldaten zu rekrutieren.

Deutschland beteiligt sich an einer EU-Trainingsmission für Somalia mit bis zu 20 Bundeswehrsoldaten. Sie helfen in Uganda, binnen eines Jahres 2.000 somalische Soldaten auszubilden. Diese sollen dann die somalischen Übergangsregierung stützen. Der deutsche Außenminister Guido Westerwelle (FDP) besucht während seiner Afrika-Reise am Donnerstag das Ausbildungslager in Uganda.

Der „Frankfurter Rundschau“ zufolge gibt es auch Zweifel daran, ob die Ausbildung der Soldaten durch die deutsche Bundeswehr wirklich dabei hilft, den seit 1991 währenden Bürgerkrieg in Somalia zu beenden. Die Linkspartei verweise auf Statistiken, wonach von den 17.000 somalischen Soldaten und Polizisten, die Äthiopien zwischen 2006 und 2008 ausgebildet hatte, bereits Ende 2008 nur noch 3.000 für die somalische Übergangsregierung aktiv waren. Viele der übrigen dürften nach dem Bericht zu oppositionellen Milizen übergetreten sein.

Es wird in Österreich im Zusammenhang mit der Proporzbefragung auch gerne die sogenannte Leistung des Militärs in der Friedenssicherung und Friedenserhaltung angesprochen.

Auch diese Konflikt zeigen, daß kein Konflikt militärisch je zu lösen ist, daß jedweder Konflikt, der militärisch ausgetragen wird, daß jedweder Konflikt, dessen Lösung, bereits Kindern eingeredet wird, nur eine militärische sein kann, ein bleibender und nicht zu lösender Konflikt ist, denn das Militärische ist das Destruktive, das Fronten Verhärtende, die Verwöhnung der Rüstungsindustrie ...

PS Sollten Sie an dieser Umfrage mit wenigstens vier Optionen, deren heutiger Zwischenstand auf die *carte postale* geklebt ist, noch nicht teilgenommen haben, sind Sie herzlich eingeladen, es noch zu tun, und diese Umfrage vor allem für Ihre Überlegung zu nutzen, ob Sie am 20. Jänner 2013 tatsächlich an der Befragung der Regierung teilnehmen oder nicht, an einer Befragung, die Sie zu einer von dieser Regierung vorgegebenen Antwort zwingen will ...

Internationale Friedenstruppen: Zaungäste beim Massenmorden

Mit

Wo Militär ist, ist nur Schatten

wurde die Serie gestartet, aus der Notwendigkeit, daß es auch in Österreich, in diesem militärischen Zinnpuppenhaus, absolut erforderlich ist, breitest darüber zu diskutieren, was Militär tatsächlich bedeutet, es auch in Österreich, in diesem seit Jahrzehnten friedensverwöhnten und dadurch wirkliche Kriegsgrauengeschehen nicht mehr kennenden Land, absolut notwendig ist, weit mehr breitest zu debattieren als die läppische Frage Wehrpflicht und Berufsheer, die von ÖVP und SPÖ längst schon hätte geklärt werden können, ohne eine steuergeldschwere “Volksbefragung” ...

Nun, diese “Volksbefragung” ist jetzt einmal nicht mehr abzuwenden, denn weder ÖVP noch SPÖ werden sich ihre Zwischenwahlkämpfe nehmen lassen wollen, dem Fiasko nicht entgehen wollen ...

So sollte diese “Volksbefragung”, damit diese doch noch einen Nutzen haben kann, für die breiteste Diskussion über das Militär fern von der läppischen Frage nach Wehrberufsheerpflicht eingesetzt werden ...

Heute also in diesem Sinne ein zweites Beispiel des Grauens.

Für das zweite Beispiel des Grauens ist der Ausgangspunkt der Antrag der rotschwarzen Regierung für diese “Volksbefragung”, denn in diesem heißt es:

Das Österreichische Bundesheer ist dabei auch in den kommenden Jahren in mehrfacher Weise gefordert. Es muss seine Aufgaben [...] sich an anderen internationalen Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären und Katastrophenhilfe beteiligen können.

An internationalen Maßnahmen der Friedenssicherung, der humanitären und Katastrophenhilfe beteiligen zu können ... Wie, um es sarkastisch zu sagen, tauglich das Militär zur Friedenssicherung ist, zeigt auch der Fall Ruanda. Die internationale Friedenstruppe konnte nichts verhindern, sie war Zaungast bei einem Massenmord. Hunderttausende Menschen wurden umgebracht, die internationale Friedenstruppe spielte dabei die Rolle, die sie als einzige zu geben vermag, die des Zaungastes ...

Wie auf den sich ankündigenden Massenmord in Runda international reagiert wurde, zeigt nicht nur, daß mit dem Militär keine Massenmorde zu verhindert sind, sondern es ist international noch abgründiger ... Und als es losging, mit den Massentötungen, wurde die internationale Friedenstruppe auch noch stark verkleinert ...

Die internationalen Friedenstruppen konnten diesen Massenmord, der von Militärs ausgelöst wurde, die damit wieder einmal dem schrecklichen militärischen Kerngeschäft von nachgingen und damit bestätigten, wofür jedwedes Militär existiert ...

Brisantes zum Völkermord in Ruanda

VON SYLVIE STEPHAN – zuletzt aktualisiert: 12.01.2012 – 02:30Paris (RP).Frankreich bewertet eines der größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts neu. Nicht die Miliz des heutigen ruandischen Präsidenten, sondern Extremisten der regulären Armee schossen 1994 den Präsidenten-Jet ab und lösten damit den Völkermord an 800 000 Menschen aus. Fast 18 Jahre nach dem Völkermord im ostafrikanischen Ruanda bringt ein französischer Untersuchungsbericht eine für Paris unbequeme Wahrheit ans Licht. Das Papier nimmt den mysteriösen Flugzeugabsturz des damaligen ruandischen Präsidenten Juvenal Habyarimana – der den Völkermord zwischen Hutu und Tutsi auslöste – unter die Lupe und wirft die französische Version der Dinge über die Verantwortung für den Anschlag über den Haufen. In Frankreich muss damit ein Stück Geschichte neu geschrieben werden. Am Abend des 6. April 1994 kehrte Habyarimana, der der Volksgruppe der Hutu angehörte, aus Tansania zurück.

Dort hatte er gegen den Willen radikaler Teile seiner Regierung die Umsetzung eines Friedensabkommens zugesagt, das der Rebellenbewegung der Tutsi (Ruandische Patriotische Front; RPF) eine Teilhabe an Regierung und Armee zusprach.

Es geht also stets um wirtschaftspolitische Einfluß-Sicherung -, im Fall von Ruanda versuchte vor allem Frankreich seinen Einfluß ... Es macht erklärbar, weshalb noch immer nicht das gemacht wurde, was etwa Frantz Fanon vor über einem halben Jahrhundert in “Die Verdammten dieser Erde” schrieb:

Jene buchstäblich astronomischen Summen, die in die militärischen Forschungen investiert werden, jene Ingenieure, die sich in Techniker des Atomkrieges verwandelt haben, könnten in 15 Jahren das Lebensniveau der unterentwickelten Länder um 60 Prozent erhöhen.

Das Militär ist das grausame Instrument der wirtschaftspolitischen Einfluß-Sicherung, das Militär als Friedenstruppe ist die höhnische Verkleidung der wirtschaftspolitischen Einfluß-Sicherung, das Militär als Friedenstruppe ist tauglich zur breiten Gewissensberuhigung im sogenannten Westen, das Militär als Friedenstruppe schreibt die Legende vom universellen Humanismus ...

Wo Militär ist, ist nur Schatten

Es wurde, auch hier, bereits vieles angesprochen, von vielen Seiten aus versucht, sowohl der “Volksbefragung” als auch dem Militär sich anzunähern, aber bisher geriet es nie zu einer positiven Beschreibung der Proporzbefragung noch des Militärs ...

In einer Hinsicht könnte diese Proporzbefragung einen positiven Effekt haben, aber nur dann, wenn in Österreich über das Militär Klartext gesprochen werden würde, auf breitesten Ebene, auch auf breitesten medialer Ebene, fern ab von der nebensächlichen Frage – nebensächlich, weil diese Frage ÖVP und SPÖ bereits zusammen allein hätten lösen können – nach Wehrpflicht und Berufsheer, nämlich was Militär für die Gesellschaft einzelner Länder, für die gedeihliche Entwicklung der Weltgesellschaft tatsächlich bedeutet ...

Und das wird in Österreich mit diesem harmlosen Bundesheer, das für niemanden gefährlich zu werden können scheint, außer für sich selbst, durch tollpatschige Handlungen sowohl von Wehrpflichtigen als auch von Berufssoldaten, die zu Unfällen (leider auch mit Todesfolgen) führen, nicht besprochen, weil eben dieses österreichische Bundesheer die Gefährlichkeit jedweden Militärs vernebelt, die Erfahrungen in Österreich seit 1945 mit dem Militär keine Erzählungen des Grauens generieren, sondern höchstens Schnurren ...

Es heißt, wo Schatten ist, ist auch Licht -, aber in bezug auf das Militär muß es heißen: Wo Militär ist, ist nur Schatten ...

Ein erster Bericht des militärischen Grauens ist als Anregung für eine breite Diskussion ins österreichische Zinnsoldatenland zu tragen ...

Die Armee stürmte Marange und bis zu 300 Arbeiter kamen beim Beschuss durch Soldaten und Kampfhubschrauber ums Leben. Verschiedene NGOs und die politische Opposition Simbabwes warfen der Armee Folter und Vertreibung vieler hundert Diamantensucher vor. Auch die Kommandeure von Heer und Luftwaffe von Simbabwe sollen enorm finanziell von dem Handel mit illegalen Diamanten profitiert haben. Diese Einnahmen stünden normalerweise der simbabwischen Staatskasse zu. So arbeitet das Geld aber vor allem gegen das Land.

Mugabes Militär zwingt das Volk an die Wahlurnen

Die Wahl in Simbabwe ist eine solche Farce, dass die Wahlbeobachter gleich in ihren Hotels bleiben – zu groß ist der Druck auf der Volk: Mugabes Schergen warten auf jeden, der gegen ihn stimmt. Der Uno-Sicherheitsrat verdammte die Wahlbedingungen erneut als unfair und erzwungen.

Simbabwes Diktator Robert Mugabe hat die Kontrolle über die Diamantenfelder mit Gewalt an sich gerissen und verwendet die Gewinne, um seine brutale Miliz zu finanzieren.

In bezug auf das Militär ist Österreich ein Zinnpuppenhaus, nicht nur wegen der Niedlichkeit des gemischten Heeres aus Berufssoldatinnen und Wehrpflichtigen, sondern weil es sich auch bei diesem zur Proporzbefragung anstehenden Thema einpuppt, als wäre über das Militär nur innerösterreichisch zu sprechen, als gäbe es außerhalb von Österreich keine Welt, schon gar nicht eine globalisierte ... Freilich, es werden schon mal sogenannte internationale Verweise vorgebracht, um etwa die volkswirtschaftlichen Vorteile eines Berufsheers zu schätzen -, als ob es noch um Volkswirtschaft ginge, in einer globalisierten Welt, in der es längst um weltwirtschaftliche Vorteile und Nachteile gehen müßte, ein Bruttoweltpunkt gerechnet werden ...

Wer an der “Volksbefragung” Bundesheer teilnimmt, bestätigt der Regierung ihr Recht auf Verhöhnung

Denn die "Volkbefragung" zur Wehrberufsheerpflicht ist bereits vor dem 20. Jänner 2013 nichts anderes als eine Verhöhnung ...

Weil die rotschwarze Regierung alle weiteren Varianten und Optionen, die auch in Österreich gedacht und diskutiert werden und also ebenfalls abgefragt werden könnten und müßten aus mannigfachen Gründen, die auch hier bereits angesprochen wurden, ignoriert ...

Ignoranz ist zum einen Nichtwissen, auch Nichtwissenwollen, zum anderen ist die Ignoranz die Begleiterin der Verhöhnung, denn die von der rotschwarzen Regierung auf zwei Sätze aufgeteilte Frage zur Wehrberufsheerpflicht in der für den 20. Jänner 2013 festgesetzten Proporzbefragung ist nicht nur das Ignorieren von vielen denkmöglichen Optionen, sondern auch die Verhöhnung der Demokratie -, es ist die Verhöhnung der Demokratie selbst, weil mit dieser einen rotschwarzen Fragestellung diese Regierung die Trommel schlägt, es ist die eine einzige Antwort zu geben, und zwar die, die diese Regierung vorgibt, womit sie das Recht der Bürger und Bürgerinnen auf Abstimmung verhöhnt, somit die Bürgerin und den Bürger selbst ... Es ist nicht nur eine Verhöhnung der Demokratie, sondern auch eine Zementierung der dirigistischen Demokratie, die als “direkte Demokratie” verkauft werden will ...

Ach, es ist ja nicht einmal eine Abstimmung, es ist lediglich eine Befragung, die rechtlich nicht bindend ist -, und es wird diese Regierung sich an das Ergebnis dieser Befragung nicht halten, d. h. die Verhöhnung wird nach dem 20. Jänner 2013 weitergehen. Verteidigungsminister Norbert Darabos hat durch seine Aussagen in der heutigen Ausgabe der Tageszeitung *Der Standard* bereits einen Ausblick gegeben, was von dieser Regierung nach dem 20. Jänner 2013 zu erwarten ist: die Fortsetzung der Verhöhnung ...

Und zur Verhöhnung gehört auch, daß alles bleibt wie es war und ist. Wie dem Ausschnitt aus diesem darabosischen Interview, der auf die *carte postale* geklebt ist, zu entnehmen ist, wird es nach der Proporzbefragung sein wie vor der Proporzbefragung. Mit einem Unterschied, es werden zehn Millionen steuergeldschwere Euro verpulfert sein, und die Bürger und Bürgerinnen, die an dieser Befragung teilgenommen haben werden, werden nur von einem Recht Gebrauch gemacht haben, sich verhöhnen zu lassen -, oder aus der Sicht der Regierung, die Pflicht erfüllt haben, sich zu verhöhnen ...

Denn, wie gelesen werden kann, was dann passieren, oder schlimmer, nicht passieren wird, darauf werden die abgegebenen Stimmen keinen Einfluß haben ... Ach, welch ein fester Bau wurde der Verbindlichkeit versprochen mit Verkündigung der Proporzbefragung, das Ergebnis der Befragung, wie immer es ausfallen werde, verbindlich umzusetzen ... Und nun? Norbert Darabos schlägt in den nicht errichteten Bau bereits die ersten Ausflüchtelöcher -, wenigstens eine Leistung, Ausflüchtelöcher in einen nicht existierenden Bau zu schlagen ... Diese Regierung baut nicht einmal auf Sand, sie baut gar nichts ...

Wer an der “Volksbefragung” Bundesheer teilnimmt, wird also nur der Regierung ihr Recht auf Verhöhnung bestätigen, aber nichts beitragen zur Lösung, die abgegebenen Stimmen werden, wenn überhaupt, Spielgeld für ÖVP und SPÖ höchstens sein, denn die Entscheidung wird wieder eine außervölkliche sein ... Wobei davon auszugehen ist, wie Norbert Darabos lediglich davon ausgeht, es werde über sein Puzzle Berufsheer verhandelt werden, diese Regierung wird in den letzten Tagen ihrer Amtszeit und in den ersten Tagen ihrer Wahlkampfzeit keine Entscheidung mehr treffen ... Norbert Darabos hat bereits die Passivität ausgerufen, es werde das Ergebnis der Proporzbefragung zur “Kenntnis genommen werden”, das Ergebnis der Proporzbefragung will also nicht aktiv umgesetzt werden, sondern es will passiv zur Kenntnis genommen werden, wie beispielsweise passiv zur Kenntnis zu nehmen ist, in drei Wochen beginnt der kalendarische Winter ...

PS Die Zustimmung, auch nach dem heutigen Zwischenstand der hier gestellten Umfrage, für die Regierungsfrage sinkt weiter, die Zustimmung aber für weitere mögliche Optionen, die von dieser Regierung nicht

abgefragt werden wollen, nimmt weiter zu, heute bereits auf eine satte Mehrheit von 52 Prozent ... Da aber diese Regierung eine Volksbefragung, die tatsächlich diesen Namen verdient, nicht durchführen will, bleibt nur eines, um nicht selbst zum Verhöhner der Demokratie, nicht selbst zur Verhöhnerin des demokratischen Instrumentes der Volksbefragung zu werden, an dieser Proporzbefragung am 20. Jänner 2013 nicht teilzunehmen ...

PPS Mit dem Schlagen der Ausflüchtelöcher ruft Verteidigungsminister Norbert Darabos aber auch in Erinnerung, daß die Sache mit der Wehrpflicht längst und einfach hätte gelöst und entschieden werden können – eine einfache Mehrheit von ÖVP und SPÖ hätte dafür ausgereicht ... Aber das wäre steuergeldmäßig für das Militär zu billig gewesen, für das Militär muß standesgemäß viel Steuergeld ausgegeben und also vernichtet ... Es ruft aber auch in Erinnerung, wie leicht und schnell manche Gesetze in diesem Land beschlossen werden können, wenn es Gesetze sind gegen ...

“Volksbefragung” Bundesheer – Verletzung des Bundesgleichbehandlungsgesetzes?

Es müßten sich Juristen und Juristinnen finden, die sich eingehender mit der Gleichbehandlung von Frauen und Männern gemäß dem Bundesgleichbehandlungsgesetzes in bezug auf die “Volksabstimmung” zur Wehrberufsheerpflicht befassen ...

In der aktuellen Diskussion zu Wehrpflicht und Berufsheer wird viel beispielsweise von der vergeudeten Ausbildungszeit gesprochen, daß zu klären wäre, ob die Fragestellung der “Volksbefragung” dem Bundesgleichbehandlungsgesetz eigentlich entspricht, das ja auch beispielsweise für ein Ausbildungsverhältnis gilt. Ob es also durch die Frage nach der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes eine zweifache Ungleichbehandlung vorliegt. Erstens eine Ungleichbehandlung von Männern, die einzig aufgrund ihres Geschlechts einem Ausbildungzwangsdienst weiter unterworfen werden sollen, und zweitens eine Ungleichbehandlung von Frauen, die einzig aufgrund ihres Geschlechts weiter keinem Ausbildungzwangsdienst ausgesetzt werden sollen ...

Und sollten Juristen und Juristinnen zum Ergebnis gelangen, es entspricht, juristisch gesehen, dem Bundesgleichbehandlungsgesetz, bleibt die Frage, ob es wirklich noch zu rechtfertigen ist, eine derartige Parallelgesetzgebung für das Militär weiter zu bedienen, statt also die Ungleichbehandlung gesetzlich fortzuschreiben zu wollen, endlich die Gleichbehandlung auf allen Ebenen zu etablieren ...

Bürgerinnen und Bürger scheinen eine zur rotschwarzen Regierung entgegengesetzte Meinung zu haben, denn die Zustimmung in dieser Umfrage zu einer Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen fällt auch nach dem heutigen Zwischenstand höher aus als die Zustimmung für die Beibehaltung der Wehrpflicht nur für Männer.

Die Zustimmung zu der auf zwei Sätze aufgeteilten Frage der Regierung sinkt im übrigen weiter, beträgt heute nur noch 48,84 Prozent, die zusätzlichen Optionen in dieser Umfrage, die von dieser Regierung nicht gestellt werden wollen, hingegen erhalten mehr und mehr an Zustimmung ...

Die auf zwei Sätze aufgeteilte Option der rotschwarzen Proporzbefragung hat keine Mehrheit mehr ...

Auch der Aspekt der Gleichbehandlung zeigt deutlich, wie viele Fragen, die auch weit über das Militärische hinausgehen, im Zusammenhang mit dem Militärischen zu klären und zu beantworten sind, und dabei haben weder die ÖVP noch die SPÖ bis jetzt nicht einmal noch eindeutige Antworten auf die eine von ihnen selbst proporzmäßig gestellte auf zwei Sätze aufgeteilte und am leichtesten zu beantwortende Frage geben können ...

Volksbefragung – In Österreich verstanden als ein gegen Menschen einsetzbares demokratisches Instrument?

Die Proporzbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer der österreichischen Bundesregierung soll heute nicht im Mittelpunkt der Betrachtung stehen, sondern die generelle Frage nach den Vorstellungen in Österreich über das demokratische Instrument der Volksbefragung ...

Über den Einsatz der Volksbefragung als Proporzbefragung wurde hier bereits genügend geschrieben. Was noch nicht angesprochen wurde, ist der Antrag zur Proporzbefragung der Regierung selbst, in dem es heißt:

Das Österreichische Bundesheer [...] im sicherheitspolizeilichen Assistenzeinsatz wirkungsvoll zur Seite stehen.

Vor dem Hintergrund, daß zwei Drittel der Kriege seit 1945 innerstaatliche Kriege waren, vor dem Hintergrund, daß gewalttätige Auseinandersetzungen auch in den Ländern der Europäischen Union nicht mehr rigoros ausgeschlossen werden, von manchen oder von gar nicht mehr so wenigen auch und immer öfters herbeigeredet werden wollen, ist es nicht eine unwesentliche Frage, was diese Regierung unter einem *wirkungsvollen sicherheitspolizeilichen Einsatz* versteht, wie dieser konkret aussehen soll -, noch eine Antwort, die diese Regierung schuldig bleibt, noch eine fehlende Antwort, die es erleichtert, diesmal auf das Abstimmungsrecht als Bürger und Bürgerin zu verzichten ...

(Sprach sich das Bundesheer deshalb für ein noch strengeres Sicherheitspolizeigesetz aus, bereits in Vorbereitung auf diese sicherheitspolizeilichen Einsätze?)

Erst vor wenigen Tagen sprach Helmut Schmidt, er sehe Europa am Vorabend einer Revolution (und reihte sich damit in die Riege der Herbeireder aber auch Warnerinnen ein) ...

Militär und, genauer, gegen Revolution -, diese Kombination macht die Frage über den militärischen sicherheitspolizeilichen Einsatz zu einer sehr wesentlichen, sogar im Zusammenhang mit dem österreichischen Bundesheer ...

Beim Lesen der bisher eingebrachten Anträge auf Volksbefragungen kann festgestellt werden, es geht hauptsächlich darum, wie bereits allein an den Antragstiteln abgelesen werden kann, gegen Menschen zu mobilisieren, um Ausschluß ... Vor allem der farbenblinde Josef Bucher tut sich dabei besonders hervor, mit den vielen Anträgen zu Integration, Zuwanderung, Asylrecht, Bleiberecht ... Josef Bucher ist farbenblind, weil er meint das Blaßblaue sein ein Orange, beim Lesen seiner Anträge auf Volksbefragungen wird aber das Blaßblaue wieder zu einem seinem ursprünglichen Blau ... Und dann gibt es noch den tiefblauen Antrag gleich auf Ausschluß eines ganzen Landes ... Von acht Anträgen richten sich also fünf Anträge auf Volksbefragungen explizit gegen Menschen ...

Es könnte gesagt werden, Blaue sind besonders eifrig, Anträge gegen Menschen zu stellen, aber gleichzeitig muß gefragt werden, weshalb werden keine Anträge auf Volksbefragungen gestellt, die nicht zur Mobilisierung gegen Menschen gerichtet sind, sondern zur grundlegenden und sachlichen Behandlung von für alle Menschen entscheidenden Themen ...

Mit dem demokratischen Instrument der Volksbefragung werden unter Berücksichtigung, welche Anträge mehrheitlich bisher gestellt wurden, wie es von ÖVP und SPÖ nun eingesetzt wird, äußerst zweifelhafte Stücke vorgetragen ... Soll es bei diesen falschen Tönen mehrheitlich bleiben? Zu überlegen ist wohl auch, ob dieses Instrument lediglich noch richtig oder neu oder erstmalig zu stimmen ist, oder ob ein gänzlich neues Instrument zu bauen ist ...

Spindelegger sagt Nein zu Wehrpflicht-Plebisitz

Spindelegger sagt Nein zu Wehrpflicht-Plebisitz -, das müßte korrekterweise unter Anführungszeichen gesetzt werden, weil es eine zitierte Schlagzeile aus dem Monat Mai 2011 ist, wahrscheinlich aber müßte in Zusammenhang mit spindeleggerischem Wollen vieles bis alles unter Anführungszeichen gesetzt werden, jedoch nicht nur von ihm allein, sondern beispielsweise auch von [Verteidigungsminister Norbert Darabos, der sogar im Juli 2010 nichts an der Wehrpflicht ändern wollte, gar eine Wehrpflicht für Frauen](#) sich vorstellen wollte, für den die Wehrpflicht noch im Herbst 2010 Garantin war für die “Sicherheit und Stabilität Österreichs” ...

Eine Meinungsänderung, auch innerhalb kürzester Zeit, ist in keiner Weise zu kritisieren. Jedoch – dieser ihr Meinungswchsel hat einen rotschwarzen ländlichen Proporznach- mit männlichen Vornamen ... Und derart sind auch die zwei Sätze dieser rotschwarzen “Volksbefragung” formuliert, die also richtigerweise als Proporzbefragung ...

Es lohnt aber der Vergleich, was von Michael Spindelegger und auch von Norbert Darabos vor gar nicht so langer Zeit in Aussicht gestellt wurde, was angekündigt wurde, tun zu wollen, mit dem, was bisher, bis zum diesem Proporzwechsel, geschah, genauer, nicht geschah, es liegen keine ausgereiften und also aus abfragewürdigen Modelle vor ... Nun wird eine [“Volksbefragung” mit einem dirigistischen Demokratieverständnis und einem dirigistischen Demokatiebewußtsein versucht schmackhaft zu machen, die Ankündigung hingeworfen](#), nach der Volksbefragung werden konkrete Modelle zu Wehrpflicht und Zivildienst respektive zu Berufsheer und Sozialjahr ... Wird an die Versprechen aus 2010 gedacht, ist zu fragen, was wird nach dem 20. Jänner 2013 anders sein als nach ...

Nichts. Ach, wäre dieses Nichts bloß zu befürchten, könnte noch gehofft werden, aber dieses Nichts ist Gewißheit. Denn spätestens (eher weit früher ist anzunehmen) mit Juli 2013 wird diese Regierung, werden ÖVP und SPÖ ihre Arbeit als Regierungsparteien einstellen ...

Um einen derart komplexen Bereich, der weit über das Militärische (auf das dieser von dieser Regierung reduziert wird) hinausreicht, sorgsam, verantwortungsvoll neu zu strukturieren, neu zu gestalten, dafür werden die nach dem 20. Jänner verbleibenden fünf Monate bei weitem nicht ausreichen. Und es sind nicht einmal fünf Monate. Denn damit verbunden sind Gesetzesänderungen, die ihre geregelten Vorlaufzeiten haben, ehe sie im Parlament beschlossen werden können, und die auch ihre geregelten Nachlaufzeiten haben mit Beschlüssen im Bundesrat und mit deren Unterzeichnung durch den Bundespräsidenten ...

Es lohnt der Blick auf nicht allzu alte Aussagen, weil ...

Michael Spindelegger hat damals erzählt, wie es um die Arbeit der Regierung bestellt sein wird:

Wir beide (Er und Kanzler Faymann) sind verantwortlich, dass Österreich gut regiert wird. Ich gehe davon aus, dass dies bis zum Sommer 2013 unsere erste Aufgabe ist.

Es lohnt der Blick auf nicht allzu alte Aussagen auch, weil ...

Michael Spindelegger entgegen aktuellen Äußerungen, Volksbefragungen seien ein Instrument der sogenannten direkten Demokratie, vor ein wenig mehr als einem Jahr Volksbefragungen nicht mehr waren als ein “Plan B” und “Zwischenwahlkämpfe”, mit denen Bürger und Bürgerinnen mit “plakativen Sätzen” abzuspeisen sind ...

Klar gegen eine Volksbefragung über die Wehrpflicht spricht sich ÖVP-Vizekanzler Michael Spindelegger in ÖSTERREICH (Sonntagsausgabe) aus. Der ÖVP-Chef will bis zum Sommer 2013 ohne “Zwischenwahlkämpfe” durcharbeiten[.] In einer Volksbefragung “sehe ich keinen Mehrwert. Die Wehrpflicht ist kein Thema, wo man dieses Instrument zur Anwendung bringen sollte”, so der Vizekanzler.

Er wolle gemeinsam mit der SPÖ ein spezielles “Österreich-Modell” entwickeln, dazu habe man Verhandlungen aufgenommen, erklärte Spindelegger. Er glaube, dass man auch einen Kompromiss erzielen könne und daher gar keinen “Plan B” brauche. Spindelegger räumte ein, dass ein Kompromiss schwierig sei, darum müsse man auch weggehen von den “plakativen Sätzen Wehrpflicht Ja oder Nein”. Man müsse auf die Details schauen, wie man sich ein Bundesheer in der Zukunft vorstelle, was in diesem Zusammenhang Sicherheit bedeute, wie man jungen Leuten in einem reformierten Heer sinnvoll die Zeit gestalten könne, was ein Zivildienst leisten müsse und was es beim Katastrophenschutz brauche. “Dann werden wir einen Schritt weiter kommen.”

Wie auch das heutige Zwischenergebnis der Umfrage zeigt, stellen sich Bürger und Bürgerinnen unter einer tatsächlichen Volksbefragung etwas anderes vor. Die zwei “plakativen Sätze” der Regierung haben keine Mehrheit mehr, verlieren weiter an Zustimmung, während die Alternativfragen an Zustimmung weiter gewinnen und heute bereits auf 50,4 Prozent ...

Bei dieser “Volksbefragung” ist es wohl klüger, verantwortungsvoller, sich nicht an aktuelle spindeleggerische Meinungsverkäufe zu halten, sondern an den aus 2011 und also am 20. Jänner 2013 nicht zur Abspeisung hinzugehen ...

Keine Mehrheit mehr für Regierungsfrage zur Wehrberufsheerpflicht

Die auf zwei Sätze aufgeteilte Frage der Regierung zu Wehrpflicht und Berufsheer hat in dieser Umfrage mit wenigstens zwei zusätzlichen Antwortmöglichkeiten keine Mehrheit mehr ...

Wie die Zahlen in dieser Umfrage zu lesen sind, darauf wurde bereits ausführlich eingegangen und muß zum heutigen Zwischenstand der Umfrage nicht wiederholt werden. Sie sind eingeladen, es nachzulesen unter:

Knapper Vorsprung für Regierungsfrage

Es wurde bereits, auch hier, sehr viel angeführt, sehr viel vorgebracht, was gegen diese “Volksbefragung” am 20. Jänner 2013 spricht, vom falschen Zeitpunkt bis ... So daß heute darauf verzichtet werden kann, über das Bekanntgeben des aktuellen Zwischenergebnisses hinaus noch weiteres anzuführen, das nicht für diese “Volksbefragung” spricht ... Wenn Sie hier nach Schlagwörtern “Volksbefragung” oder “Wahlen” oder “Militär” suchen, erhalten Sie eine Liste der Gründe, weshalb diese “Volksbefragung” ...

Außer vielleicht ein oder drei Vermutungen, weshalb die Regierungsfrage zu Wehrpflicht und Berufsheer keine mehrheitsfähige Zustimmung erhält ...

Es scheint Bürgerinnen und Bürgern eine zu konservative christschwarze Position zu sein, lediglich für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes ausschließlich für Männer zu sein. Denn mit dem gleich hohen Prozentsatz sprechen sich Bürger und Bürgerinnen bereits für die Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen aus ...

Das Puzzle Berufsheer von Verteidigungsminister Norbert Darabos scheint gar nicht überzeugen zu können.

Denn die Zustimmung für die Abschaffung des Bundesheeres stabilisiert sich über der Zustimmung für ein Berufsheer, obgleich es für die Abschaffung des Bundesheeres keine nennenswerte Lobby in diesem Land gibt, darüber keine breite Diskussion in diesem Land geführt wird ...

Bürgerinnen und Bürger scheinen den wahren Grund, also Nichtgrund, für diese “Volksbefragung” durchschaut zu haben, und sie sind nicht mehr bereit, einem Wahlkampfag eine Mehrheit zu verschaffen ...

Bürger und Bürgerinnen scheinen auch nicht mehr bereit zu sein, sich eine einzige Antwort abpressen zu lassen, noch dazu über eine Frage, die bereits entschieden ist. Denn es gibt bereits die Mischform Berufsheer und Wehrpflicht. Es ist bereits entschieden, sollte die “Volksbefragung” für die Wehrpflicht (nach allen Umfragen sieht es so aus) ausgehen, bei der Wehrpflicht und dem Zivildienst nur für Männer zu bleiben.

Es ist also entschieden von dieser Regierung, es soll nichts Neues kommen, es soll nichts Neues probiert werden, es sollen die gesellschaftlichen Realien nicht berücksichtigt werden...

Es scheint auch eine Absage an eine dirigistische Demokratie zu sein, wie sie von ÖVP und SPÖ auch mit dieser “Volksbefragung” versucht wird, während Bürger und Bürgerinnen sich für die sogenannte direkte Demokratie zu entscheiden scheinen ...

Da die rotschwarze Regierung nicht davon abgehen wird, am 20. Jänner 2013 ihre auf zwei Sätze aufgeteilte Frage zur Erzwingung einer einzigen Antwort zu stellen, kann es an die Regierung nur eine Antwort geben, am 20. Jänner 2013 sich nicht an dieser “Volksbefragung” zu beteiligen, oder, eine zweite Antwortmöglichkeit an dieser Regierung: ein leeres Kuvert in die Urne zu werfen, den Stimmzettel aber mit der auf zwei Sätze aufgeteilten Regierungsfrage zur Erzwingung einer einzigen Antwort mitzunehmen als Erinnerung, zur Hervorholung bei der ein paar Monate später stattfindenden Nationalratswahl, wenn die Versuchung noch groß sein sollte, ÖVP oder SPÖ zu wählen, wenn eine letzte Unsicherheit noch bestehen sollte, ob ÖVP oder SPÖ gewählt werden sollten ...

Wofür Waffen um 310 Milliarden Steuergeld gekauft werden: Zum Verschrotten – Leider nicht nur

Dekan Andreas Wagener – aufgeboten vom berufsheerlerischen Komitee rund um Hannes Androsch – versucht für ein Berufsheer volkswirtschaftlich zu argumentieren, worauf bereits ausführlich eingegangen wurde:

Wer volkswirtschaftlich argumentiert, kann weder für Wehrpflicht noch für Berufsheer sprechen

Es wurde dieser Text u.v.a.m mit dem Hinweis darauf beendet, daß Dekan Andreas Wagener nichts zum volkswirtschaftlichen Nutzen von Waffenkaufen sagt. Heute soll noch eine konkrete Zahl nachgeliefert werden, denn es wäre durchaus zu interessant zu erfahren, wie beispielsweise Dekan Andreas Wagener volkswirtschaftliche Vorteile von Waffenkaufen argumentierte, aber auch von den Verfechtern und Verfechterinnen der Wehrpflicht, die ebenfalls ökonomische Argumente für ihr bevorzugtes Militär ins Feld führen ...

Zu den Versuchen, volkswirtschaftliche Argumente für das Militär zu finden, kommen die Bemühungen hinzu, das Militär als eine friedensichernde und friedenserhaltende Organisation verkaufen zu wollen, sogar das österreichische Bundesheer ... Einen noch größeren Widerspruch kann es wohl geben.

Wie viele Kriege gab es seit 1945?

Die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) zählt 238 Kriege in der Zeit von 1945 bis 2007. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und bis Ende 1992 ist eine fast stetige Zunahme der weltweiten Kriegsbelastung von etwa einem laufenden Krieg pro Jahr zu beobachten.

Bestimmte historische Ereignisse oder Perioden wie zum Beispiel der Ost-West-Konflikt und die Dekolonisation übten nicht den ihnen oft unterstellten Einfluss auf diesen Trend aus. Anscheinend wirken sich hier längerfristige und tiefgehende Prozesse aus.

Zwei Drittel aller Kriege seit 1945 sind innerstaatliche Kriege gewesen und nur ein knappes Viertel internationale Kriege, einschließlich der Dekolonisationskriege. Das fast stetige Wachstum der jährlichen Kriegsbelastung nach dem Zweiten Weltkrieg resultiert eindeutig aus der Zunahme der innerstaatlichen Kriege. Dass das Kriegsgeschehen nach dem Zweiten Weltkrieg von diesen dominiert wird, stellt eine qualitative historische Veränderung gegenüber früheren Perioden dar.

Bei den Kriegstypen sticht der hohe Anteil der “Antiregimekriege” hervor. Dieses sind Kriege, in denen um den Sturz der Regierenden oder um die Veränderung oder den Erhalt des politischen Systems oder gar der Gesellschaftsordnung gekämpft wird. Diese machen fast die Hälfte aller innerstaatlichen Kriege aus, so dass der Kampf um Gesellschaftsform und Macht im Staate das Kriegsgeschehen seit 1945 am stärksten bestimmte. Vielen Machthabern in Ländern der Dritten Welt fehlt die Legitimität. Prinzipien, Regeln und institutionelle Formen, nach denen Systemwandel und Machtzuweisung bzw. Machtwechsel gewaltlos erfolgen kann, sind nicht vorhanden. Der gesellschaftliche Grundkonsens fehlt.

Auch die zweite große Gruppe der innerstaatlichen Kriege, in denen eine der beiden Kriegsparteien um größere oder völlige Unabhängigkeit von der Zentralregierung kämpft, ist ein Hinweis auf eine nur mangelhaft erfolgte gesellschaftliche Integration.

Ein erheblicher Teil der innerstaatlichen Kriege resultiert aus noch nicht erfolgter oder gescheiterter gesellschaftlicher Integration in einem häufig nur formal vorhandenen Staat. Dieses Scheitern wiederum ist Folge wirtschaftlicher Strukturschwächen, krasser Ungleichheiten in der Einkommensverteilung und der willkürlichen politischen Privilegierung bestimmter Gruppen.

Wie viele von diesen Kriegen, die ohne Militär nicht geführt hätten werden können, wurden vom Militär zum Frieden geführt?

Was brachte der Einsatz des österreichischen Bundesheeres im Tschad? Gab es einen Beitrag des österreichischen Bundesheeres zur Beilegung, zur Befriedung? Das österreichische Bundesheer zog wieder ab, der Konflikt blieb. Was es kostete, war Steuergeld. Und der Hinweis auf das Steuergeld wird nur aus einem Grund angeführt, weil die Kosten wieder falsch eingeschätzt wurden. Es werden Kosten sogar von einen konkreten Projekt falsch eingeschätzt -, das gibt eine Vorstellung davon, was von den Schätzungen zu halten ist, die sich derzeit Befürworter von der Wehrpflicht und Befürworterinnen vom Berufsheer gegeneinander zu schreien, über ganz und gar unkonkrete, unklare, vollkommen diffuse Vorstellungen von einem Bundesheer mit Wehrpflicht und Zivildienst und einem Berufsheer mit einem freiwilligen Sozialjahr ...

Zwei Jahre nach dem Ende des seinerzeit politisch höchst umstrittenen Bundesheereinsatzes im Tschad übt nun auch der Rechnungshof (RH) scharfe Kritik an der Militärmision in dem zentralafrikanischen Land. Nicht nur dass die Ausgaben mit 54 Millionen Euro höher gewesen seien als zuvor angegeben (46 Millionen), weil vorher die Beschaffung “einsatzrelevanten Geräts” nicht berücksichtigt worden sei. Bei den Beschaffungen selbst habe man dann auch höhere Preise inkauft genommen, weil Preise nicht geprüft worden seien, so der RH in einem aktuellen Bericht. Überhaupt habe das Verteidigungsministerium keinen Gesamtüberblick über die tatsächlichen Ausgaben für den Tschad-Einsatz, “weil diese in zwei IT-Systemen teilweise doppelt, teilweise sachlich unrichtig oder gar nicht erfasst wurden”, monieren die Prüfer. Detail am Rande: ‘Der Munitionsverbrauch im Einsatzraum war teilweise nicht nachvollziehbar; der Wert der Fehlbestände betrug rund 250.000 Euro.’

Die Heeresführung will diese Kritik nicht auf sich ruhen lassen: „Völlig neue Herausforderungen in einem bis dahin unbekannten Einsatzspektrum“ seien zu meistern gewesen, der Einsatz habe „wichtige Erfahrung, hohe internationale Reputation und wesentliche Verbesserungen für künftige Einsätze“ gebracht, erklärte der Leiter der Einsatzsektion im Verteidigungsministerium, Generalleutnant Christian Segur-Cabanac am Donnerstag. Außerdem habe man zahlreiche Anmerkungen des RH längst aufgegriffen und umgesetzt. Österreich war in den Jahren 2008 und 2009 mit mehr als 1600 Mann im Rahmen einer Uno-Mission im Tschad, um Darfur-Flüchtlinge zu schützen.

Und wie es ging im Tschad weiter?

Für die Regierung des Tschad zahlte sich eine Vereinbarung mit dem Sudan aus, mit der beide Seiten darauf verzichteten, Rebellengruppen im jeweils andern Land zu unterstützen. Im Laufe des Jahres 2010 ließen Rebellenaktivitäten im Tschad deutlich nach und für 2011 lagen keine entsprechenden Berichte mehr vor. Dies war für den Tschad damit das erste Jahr seit 1966 ohne kriegerische Auseinandersetzungen.

Militär und Frieden schließen einander aus ... Das Militär für Friedenssicherung und Friedenserhaltung heranziehen zu wollen, davon muß endlich Abstand genommen werden. Das ist ein Konzept, das, seit es Militärs gibt, gescheitert ist, vor allem weil die Natur des Militärs nicht der Frieden ist, sondern das Morden, weil die Natur des Militärs nicht das Beitreten zur positiven gesellschaftlichen Entwicklung ist, sondern das Vernichten, weil die Natur der zum Militär gehörenden Industrie nicht das Herstellen von sinnvollen Produkten ist, sondern die Verschwendungen, die Verschrottung zur Bereicherung von wenigen auf Kosten von allen ...

PS Dekan Andreas Wagener spricht von versteckten Kosten bei der Wehrpflicht, um für das Berufsheer zu werben. Über versteckte Kosten ist zu reden, aber über die versteckten Kosten des Militärs generell.

Auch in Österreich. Denn. Zu den enormen hohen Steuergeldausgaben beispielsweise in den Staaten der Europäischen Union für das Militär muß im Grunde auch die Entwicklungshilfe hinzugerechnet werden, da viele Länder, vor allem in Afrika, auch wegen den oft über Jahre und Jahrzehnte hinweg militärisch ausgetragenen Konflikten nicht die Ressourcen und nicht den notwendigen Frieden haben, um sich wirtschaftlich zu entwickeln ...

Wer volkswirtschaftlich argumentiert, kann weder für Berufsheer noch Wehrpflicht sprechen

Es kann mehr und mehr verstanden werden, weshalb in den Umfragen die Zustimmung für ein Berufsheer derart niedrig ausfällt, in der hier gestellten Umfrage sogar sich kaum gegen die Zustimmung für die Abschaffung des Bundesheeres behaupten kann ...

Da das [Puzzle Berufsheer von Verteidigungsminister Norbert Darabos](#) bisher aus verständlichen und nachvollziehbaren Gründen nicht zu überzeugen vermag, weil es eben ein unausgereiftes und zusätzlich nicht vollständig bekanntes ist, wird nun zur Angstmache gegriffen, zur Propaganda des Einkommensraubes durch die Wehrpflicht, zu Unterstellungen, die Wehrpflicht sei auch an der Bildungsmisere in Österreich schuld ...

Um diesen unlauteren und tunnelblickartigen Argumenten einen seriösen und umfassenden Argumentationsanstrich zu geben, wurde vom Komitee rund um Hannes Androsch, das für ein Berufsheer wirbt, ein Wirtschaftswissenschaftler aus Deutschland geladen, der mit der Autorität eines Universitätsprofessors ...

Dekan Andreas Wagener sagt, das Wirtschaftswachstum falle mit der Wehrpflicht geringer aus ... Das ist die Angstmache. Denn der Subtext dazu enthält die Furchtformel: geringeres Wirtschaftswachstum bedeutet weniger Arbeitsplätze ...

Dekan Andreas Wagener sagt, die Wehrpflicht sei verantwortlich für den Verlust von Lebenseinkommen, denn die Wehrpflicht falle in einen Zeitraum, in dem oft Gehaltssprünge anstehen. Nach den Schätzungen von Dekan Andreas Wagener gehen zwei Drittel des Einkommens dadurch verloren, daß Zeit und Arbeitskraft unbezahlt zur Verfügung gestellt werden ...

Das ist die Propaganda des Einkommensraubes. Denn. Es ist auch der Zeitraum der enorm hohen Arbeitslosigkeit in Europa. Für Millionen von jungen Menschen gibt es in diesem Zeitraum keine Einkommen und schon gar nicht Gehaltssprünge ... Wie viele müssen gerade in diesem Zeitraum bereits und ohne Zwangsdienst ihre Arbeitskraft der Wirtschaft unentgeltlich zur Verfügung stellen? Wie hoch sind die Einbußen an Lebenseinkommen bereits durch unbezahlte Praktika? Unabhängig von der Wehrpflicht sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Arbeitsleben immer wieder mal von Null-Lohnrunden betroffen, die das Lebenseinkommen nachhaltig schmälern -, das veranlaßt Dekan Andreas Wagener nicht zu schätzen, den Raub an Lebenseinkommen durch Null-Lohnrunden, veranlaßt ihn auch nicht zu schätzen, wie Null-Lohnrunden und Gehaltsabschlüsse und Pensionsvalorisierungen unter der Inflationsrate, Reallohnverluste sich auf die Kaufkraft, soher das Wirtschaftswachstum negativ ...

Dekan Andreas Wagener sagt, es komme zu einer Unterbrechung der Ausbildungszeit, es komme insgesamt zu einem geringeren Ausbildungsstand der Jugend aufgrund der Zeit, die mit dem Wehrdienst beziehungsweise mit dem Wehrersatzdienst zugebracht ...

Das ist die Unterstellung, die Wehrpflicht sei am geringeren Ausbildungsstand -, vielleicht ist es auch nur Unwissenheit, denn eine Ausbildung muß nicht für die Wehrpflicht unterbrochen werden. Für die Ausbildungszeit kann die Befreiung von der Wehrpflicht beantragt werden. Die Wehrpflicht dafür verantwortlich zu machen, daß wegen der Wehrpflicht “weniger Leute im tertiären Bildungssektor landen” -, Dekan Andreas Wagener scheint sich nicht mit Hannes Androsch über die Chancen, in Österreich studieren zu können, unterhalten zu haben, oder Hannes Androsch hat sein Bildungsvolksbegehren bereits vergessen, bei dem die Wehrpflicht nicht als Ursache der Bildungsmisere geführt wurde ...

Dekan Andreas Wagener sagt, volkswirtschaftlich müsse auch die Tatsache einberechnet werden, daß bei der Wehrpflicht durch den Einsatz von fehlqualifizierten Personen es zu Produktionseinbußen komme, durch Berufssoldaten ein Produktivitätsgewinn feststellbar sei, ein Berufssoldat eineinhalb bis zwei Wehrpflichtige entsprechen würde, das gleiche Leistungsniveau mit der Hälfte der Leute erbracht werden könnte

Nun, was das Leistungsniveau betrifft, hat Dekan Andreas Wagener nicht unrecht, bloß, es ist kein Argument für das Berufsheer, jedenfalls in Österreich, wie gelesen werden kann: [Berufssoldat schießt Norbert Darabos ins Knie ...](#)

Nun, was die Produktionseinbußen und den Produktivitätsgewinn anbelangt, hat sich Dekan Andreas Wagener noch genauer zu erklären, was er unter Produktion denn überhaupt versteht, denn Produktivität und Militär schließen einander aus ... Kein Militär der Welt produziert irgendetwas, außer, wenn dies unter Produktion verstanden wird, der Rüstungsindustrie volle Brieftaschen...

Es mag bis hierher der Eindruck entstanden sein, es [werde für die Wehrpflicht das Wort ergriffen. Das ist in keiner Weise der Fall.](#)

Nachdem aber Dekan Andreas Wagener volkswirtschaftlich für ein Berufsheer argumentiert, dafür auch andere Staaten zur Untermauerung heranzieht, um den Bürgern und Bürgerinnen in Österreich das Berufsheer wirtschaftlich schmackhaft zu machen, ist generell auch nach dem volkswirtschaftlichen bzw. weltwirtschaftlichen Nutzen jedweden Militärs zu fragen, wobei es ohne Belang ist, ob es ein Militär mit Wehrpflicht oder ein Berufsheer ist ...

Dekan Andreas Wagener sagt nicht, was für volkswirtschaftliche Schäden durch jedwedes Militär weltweit angerichtet werden, etwa, um nur ein Beispiel zu nennen, allein in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Sagt nichts dazu, wie hoch der Anteil der enormen hohen Ausgaben für das Militär an der äußerst prekären Staatshaushaltssituation allein beispielsweise der USA ist, sagt nichts beispielsweise über volkswirtschaftliche Kosten aufgrund von posttraumatischen Belastungsstörungen, sagt nichts zur Vernichtung von volkswirtschaftlichen Vermögen durch Waffenkäufe ...

Dazu wurde schon viel geschrieben, auch hier:

[Dogma Militär](#)

[Am Flowchart pissen Hand in Hand Militär und Rüstungsindustrie stets auf alle und stets auf alles](#)

[Schluß mit dem Luxus Militär](#)

[Eine Todesgesellschaft, die im militärischen Luxus lebt, hat kein Sparargument](#)

Wer also volkswirtschaftlich argumentiert, kann weder ein Parteidünger der Wehrpflicht noch eine Parteidüngerin des Berufsheeres sein ...

PS Sollten Sie an dieser Umfrage mit wenigstens vier Optionen noch nicht teilgenommen haben, sind Sie herzlich eingeladen, es noch zu tun, und diese Umfrage vor allem für [Ihre Überlegung zu nutzen, ob Sie am 20. Jänner 2013 tatsächlich an der Befragung der Regierung teilnehmen oder nicht](#), an einer Befragung, die Sie zu einer von dieser Regierung [vorgegebenen Antwort zwingen](#) will ...

PPS Der Vorsprung der auf zwei Sätze aufgeteilten Regierungsfrage schrumpft weiter ... Zur Interpretation dieser Umfrage:

[Knapper Vorsprung der Regierungsfrage zur Wehrberufsheerpflicht – Ein Zwischenstand](#)

Knapper Vorsprung für Regierungsfrage nach Wehrberufsheerpflicht – Ein Zwischenstand

Die christschwarze Partei könnte beim Lesen des heutigen Zwischenstands der Umfrage jodeln, wird doch eine Zustimmung von über 58% für die Wehrpflicht ausgewiesen. Aber diese hohe Zustimmung für die Wehrpflicht ergibt sich nur durch die Summe der Prozentsätze von zwei Fragen, nämlich von der Frage nach der Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und von der Frage nach der Ausweitung der allgemeinen Wehrpflicht auf Frauen ...

Die sozialdemokratische Partei hat bei diesem Zwischenstand auch heute nichts lachen -, die Zustimmung für ein Berufsheer ist weiterhin niedrig und muß sich weiter mit Mühe und Not gegen die Zustimmung für die Abschaffung des Bundesheeres behaupten ...

Aber der heutige Zwischenstand dieser Umfrage stellt noch wen vor, der sich behaupten muß, nämlich die gesamte rotschwarze Koalition mit ihrer auf zwei Sätze aufgeteilten Frage gegen die in dieser Umfrage zusätzlich gestellten Fragen ...

Noch weist mit 51,48 Prozent die von dieser Regierung auf zwei Sätze aufgeteilte Frage einen knappen Vorsprung auf. Der durchaus noch verlorengehen kann. Die zusätzlich gestellten Fragen kommen bereits auf 48,51 Prozent. Und auch, oder eigentlich, nur so können die Prozentsätze dieser Umfrage interpretiert werden. Denn:

Der von der christschwarzen Partei bevorzugte Satz der Regierungsfrage spricht lediglich die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht an, also nur die Beibehaltung des Zwangsdienstes für Männer. Und dafür gibt es nach dem heutigen Zwischenstand nur mehr eine Zustimmung von 30,69 Prozent.

Die Zustimmung von bereits 27,72 Prozent für eine Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen kann, weil von dieser Regierung diese Frage nicht gestellt werden will, darum nicht hinzugezählt werden, sondern diese 27,72 Prozent müssen mit den 20,79 Prozent an Zustimmung für die Abschaffung des Bundesheeres, nach der diese Regierung ebenfalls nicht fragen will, addiert werden.

48,51 Prozent an Zustimmung erhalten also bereits die zwei zusätzlichen Fragen, die von dieser Regierung nicht gestellt werden. Der heutige Vorsprung der auf zwei Sätze aufgeteilten Regierungsfrage beträgt gerade noch knappe drei Prozent ...

Das zeigt deutlich, daß Bürger und Bürgerinnen eine vollkommen unzureichende Befragung durch diese Regierung aufgedrängt werden will, das aber einfach hinzunehmen sie nicht mehr bereit sind ... Und darüber hinaus, daß diese Regierung von Bürgerinnen und Bürgern eine einzige Antwort erzwungen werden will ... Und es zeigt auch deutlich, daß Bürger und Bürgerinnen weiter denken als diese Regierung, daß sie einen [genauerer Blick auf die realen Gegebenheiten haben als diese Regierung](#) ...

Wie gering würde bereits jetzt die Zustimmung zu der auf zwei Sätze aufgeteilten Regierungsfrage ausfallen, würden beispielsweise in dieser Umfrage noch mehr Optionen zur Auswahl stehen ...

Was ist das, würde am 21. Jänner 2013 gesagt werden können, für eine erste und dem Namen Volksbefragung tatsächlich gerecht werdende Volksbefragung gewesen, hätte diese Regierung ebenso weit als die Bürger und Bürgerinnen gedacht und also über eine Frage hinaus und also mehr als zwei Sätze auf eine Frage aufgeteilte zur Auswahl vorgelegt, mit einem Ergebnis, das tatsächlich widerspiegelt ..., mit einem Ergebnis, das nicht die eine und einzige von der Regierung durch ihre Fragestellung erzwungene Antwort ... Dann wäre wenigstens nur noch der falsche Zeitpunkt der Befragung als Mangel dieser Befragung geblieben.

Denn diese Regierung absolviert ihre letzten Tage und wird kurz vor einer neuen Legislaturperiode nichts Entscheidendes mehr umsetzen, nur noch mit dem beschäftigt sein, dessen erster Auswuchs diese “Volksbefragung” ist, mit Wahlkampf ... Eine Volksbefragung, auch zu dem Komplex Militär, sollte die nächste Regierung und vor allem zu Beginn der Legislaturperiode beantragen, damit es eine seriöse und um die Sache tatsächlich bemühte ...

So aber, in der vorgelegten Art, wird es für die christschwarze Partei und für die sozialdemokratische Partei das Fiasko werden, über das bereits geschrieben wurde ... Und dadurch über die zwei Parteien hinaus, was das tatsächlich Schlimme ist, ein Fiasko in vielerlei Hinsicht bleiben, nicht nur bezogen auf das Bundesheer, denn dieses ist nur ein Teil eines größeren Ganzen, das zu klären ist in bezug auf gesamtgesellschaftliche Entwicklung ...

PS Sollten Sie an dieser Umfrage mit wenigstens vier Optionen noch nicht teilgenommen haben, sind Sie herzlich eingeladen, es noch zu tun, und diese Umfrage vor allem für Ihre Überlegung zu nutzen, ob Sie am 20. Jänner 2013 tatsächlich an der Befragung der Regierung teilnehmen oder nicht, an einer Befragung, die Sie zu einer von dieser Regierung vorgegebenen Antwort zwingen will ...

“Verpulvertes Geld: Fekter will Volksbefragung absagen”

Das ist keine aktuelle Schlagzeile zur [“Volksbefragung” über die Wehrberufsheerpflicht](#), sondern eine Schlagzeile vom 19. März 2010, die aber mit der für den 20. Jänner 2013 angesetzten “Volksbefragung” etwas [gemein hat, es sollen wieder alle über eine bestimmte Gruppe von Menschen abstimmen](#), wobei es unerheblich ist, ob die Befragung zum Vorteil oder zum Nachteil einer bestimmten Gruppe von Menschen ausgeht, entscheidend ist, es ist wieder eine Befragung über eine bestimmte Gruppe von Menschen, statt, was eine Volksbefragung vor allem zu sein hat, eine Befragung über Sachthemen zur visionären Gestaltung und Weiterentwicklung ...

Auch das haben beide “Volksbefragungen” [gemein: den Wahlkampf](#) ...

Und zur Handhabung des demokratischen Instrumentes der Volksbefragung durch diese Regierung fällt die Willkür auf, die Willkür, wann diese christschwarze und sozialdemokratische Regierung es für geeignet, es für opportun hält, die Bürger und Bürgerinnen befragen zu wollen ...

Es wird von dieser Regierung ins Treffen geführt – und von ihr dabei das Ziel verfehlt -, es gehe um zwei ganz verschiedene Modelle bei dieser “Volksbefragung”, um ein Bundesheer der Wehrpflicht und um ein Berufsheer – aber diese Mischform gibt es bereits. Was trägt diese “Volksbefragung” zur Gestaltung und Weiterentwicklung bei? Nichts. Die Abschaffung des Zwangsdienstes für Männer sowohl für das Bundesheer als auch für den seinerzeit aus Verlegenheit geschaffenen Ersatz des Zivildienstes ist das operative Geschäft einer Regierung, keineswegs also eine große Angelegenheit, mit der Millionen von Wahlberechtigten zu beschäftigen sind.

Es ist Willkür, nun den Bürgern und Bürgerinnen die Frage über Zwang oder Nichtzwang vorzulegen, denn diese Regierung hat keine Scheu, Bürger und Bürgerinnen, Frauen und Männer, und also nicht nur Männer, Zwängen zu unterwerfen, beispielsweise dem Zwang der Kontrolle von allen, wird an das sogenannte Anti-Terror-Paket gedacht, zu dem es keine Volksbefragung, nicht einmal eine Volksbefragung unter Anführungszeichen gab, es wurde nicht gefragt, ob alle mit der Vorratsdatenspeicherung einverstanden sind, mit dem Zwang zur Preisgabe von verfassungsrechtlich garantierten Rechten ... Das Beispiel des Sicherheitspolizeigesetzes ist nicht willkürlich gewählt, denn gerade das Bundesheer, über deren Beibehaltung in welcher Form auch immer nun Bürger und Bürgerinnen vermeintlich entscheiden sollen, war für eine noch strengere Novelle ...

Auch die Willkür gehört dazu, wann diese Regierung es für in Ordnung hält, Geld nicht zu verpulvern, Steuergeld doch zu verpulvern ...

Wie wenig diese Regierung von der Stimme der Bürgerin und des Bürgers hält, kann sehr gut beim Thema Militär aufgezeigt werden, zu dem diese Regierung nun eine “Volksbefragung” als ein Beispiel für “direkte Demokratie”, wie es beispielsweise Michael Spindelegger einzureden versucht, verschachern will ... Denn beim Thema Militär trifft alles zu: das willkürliche Verpulfern von Steuergeld, das willkürliche Gebrauchen des demokratischen Instrumentes der Volksbefragung ...

Es gibt für diese “Volksbefragung” auch kein tatsächliches finanzielles Argument, denn, wie auch in der aktuellen Informationsbroschüre der salzburgischen Landesregierung zu lesen ist, es wird ein jährliches Budget von 2 Milliarden sowohl für ein wehrpflichtiges Bundesheer als auch für ein Berufsheer weiterhin veranschlagt. Aber das Finanzielle ist ohnehin nicht Gegenstand dieser “Volksbefragung”. Da haben Bürgerinnen und Bürger weiterhin nichts zu sagen, sondern bloß, wie bisher schon, Steuergeld in Höhe von 2 Milliarden Euro aufzubringen, für was auch immer ...

Fern der Rechnerei der Pro-und-Contra-Faktionen für Wehrpflicht und Berufsheer, welches Modell denn steuergeldmäßig günstiger komme, kann jetzt schon geschrieben werden, das Puzzle Berufsheer mit einem bezahlten freiwilligen Sozialjahr wird teurer kommen, gemäß den Zahlen in der salzburgischen Informationsbroschüre: zusätzlich zu den 2 Milliarden noch 147 Millionen. Für die Wehrpflicht mit Zivildienst: zusätzlich zu den 2 Milliarden noch 100 Millionen Bundesbudget und 43 Millionen von Trägerorganisationen ... Aber was von diesen Rechnereien zu halten ist, zeigt auch das Beispiel Zeltweg sehr gut auf: aus den ursprünglich projektierten 46,7 Millionen wurden es schließlich reale 161 Millionen ...

Es wurden die Bürger und Bürgerinnen nicht befragt, ob sie ihr Steuergeld in Milliardenhöhe für den wohl teuersten Ankauf von Kriegsprodukten der Rüstungsindustrie ausgeben wollen, also für die Abfangjäger, deren Markename “Eurofighter” in ein österreichisches Wörterbuch als Synonym für Skandal und für Korruption ohne große Überlegung aufgenommen werden kann. Damals saß die christschwarze Partei auch in der Regierung, mit der blauen Partei und dann mit der blaßblauen Partei. Ganz im Gegenteil, 625.000 Unterschriften des Volksbegehrens gegen die Abfangjäger wurden – dafür gibt es eine bittere Redewendung – nicht einmal ignoriert ...

Es wurden zwar die Aberhunderttausenden von Stimmen gegen die Abfangjäger nicht einmal ignoriert, dafür aber wurde die Korruption belobigt. Denn. Obgleich die Anschaffung der Eurofighter mehr oder weniger von Beginn an der Geruch des unsauberer Geschäfts verströmte, wurde Zeltweg für die Verwendung der Eurofighter um sehr viel Steuergeld dermaßen adaptiert, daß nun eine Rückgabe der Eurofighter wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll erscheint, außer es soll noch mehr Steuergeld verpulfert werden ... Mit dieser 161 Millionen teuren Adaptierung wurde im Grunde – trotz der massiven Vermutungen um Schmiergeldzahlungen – die Vertragsklausel der Rückgabemöglichkeit bei Korruption seitens der dafür in Österreich Verantwortlichen gelöscht, somit Korruption als ein lohnenswertes Handeln belobigt ...

Und mit dieser Ignoranz der Stimme des Bürgers und der Bürgerin sitzt die christschwarze Partei nun mit der sozialdemokratischen Partei nach wie vor in der Regierung mit einem Parteiführer Michael Spindelegger, der die “Volksbefragung” am 20. Jänner 2013 als “direkte Demokratie” verkaufen will ... Es könnte durchaus sein, daß Michael Spindelegger ein Wort verwechselte, er gar nicht “direkte Demokratie” meint, sondern “dirigistische Demokratie” Dieser Schluß liegt nahe, wird daran gedacht, daß Volksbegehren in Österreich generell nicht einmal ignoriert werden, und ein Grund für dieses Nicht-Einmal-Ignorierens der ist, daß Volksbegehren keine von dieser Regierung vorgegebenen Fragestellungen gehorsamst exekutieren, sondern ...

PS Sollten Sie an dieser Umfrage mit wenigstens vier Optionen noch nicht teilgenommen haben, sind Sie herzlich eingeladen, es noch zu tun, und diese Umfrage vor allem für Ihre Überlegung zu nutzen, ob Sie am 20. Jänner 2013 tatsächlich an der Befragung der Regierung teilnehmen oder nicht, an einer Befragung, die Sie zu einer von dieser Regierung vorgegebenen Antwort zwingen will ...

Absage der steuergeldteuren “Volksbefragung” Bundesheer

Es wurden, auch hier, bereits viele und gewichtige [Gründe gegen diese von ÖVP und SPÖ als Wahlkampfgag](#) für den 20. Jänner 2013 geplante Regierungsbefragung an sich vorgebracht und die, weil diese Regierung die Travestie “Volksbefragung” nicht noch vom Spielplan nehmen wird, breitest zu ignorieren ist, derart zu verschmähen ist, daß am 21. Jänner 2013 die Schlagzeilen nur lauten können:

Ergebnis der 17 abgegebenen Fragebögen: 8 Stimmen für Wehrpflicht, 8 Stimmen für Berufsheer, 1 ungültige Stimme

Außer Regierung nimmt niemand an der Befragung teil

Null-Beteiligung von Nichtregierungsmitgliedern

Diese Regierungsbefragung soll aber zehn Millionen Euro kosten, zehn Millionen Euro Steuergeld für eine auf zwei Sätze aufgeteilte Frage, zu deren Beantwortung die Regierung verpflichtet und zuständig ist ... Für deren Beantwortung ÖVP und SPÖ in Regierungsverantwortung Jahrzehnte Zeit hatten. Für deren Beantwortung SPÖ und ÖVP in Regierungsverantwortung Jahrzehnte ungenutzt verstreichen ließen. Für deren Beantwortung ÖVP und SPÖ nach Jahrzehnten in Regierungsverantwortung zu nichts anderem in der Lage sind, als einen Wahlkampfgag zu stottern ...

Als ob das bisher verpulverte Steuergeld noch zu wenig war, geht es also mit der Steuergeldverschwendungen weiter ... Für eine Befragung, von der geglaubt wurde, eine solche Befragung werde es nicht mehr geben können, nämlich eine Abstimmung von allen über eine bestimmte Gruppe von Menschen, eine auf eine bestimmte Gruppe von Menschen eingegrenzte Abstimmung, im konkreten Fall darüber, welche bestimmte Gruppe von Menschen allein sind einem Zwangsdienst zu unterwerfen.

Für eine Befragung, die von dieser Regierung als Beitrag zur weiteren Demokratisierung verkauft wird, während sie nichts anderes ist, als ein Beitrag zur Spaltung, eine Fortschreibung von längst als überholt anzusehenden Rollenbildern von Mann und Frau ... Für eine Befragung, die das längst Überholte festschreiben soll -, der Mann allein ist dem Zwangsdienst an der Waffe zu unterwerfen. Auch in dieser Hinsicht ist diese Regierungsbefragung eine Fehlleistung. Von der christ schwarzen Partei ist nichts anderes zu erwarten, von der sozialdemokratischen Partei hätte zumindest erwartet werden dürfen, daß sie wenigstens eine anders gestellte Frage durchsetzt, beispielsweise: *Sind Sie für die allgemeine Wehrpflicht und für den Zivildienst für Mann und Frau?*

Als ob das bisher verpulverte Steuergeld noch zu wenig war, geht es also mit der Steuergeldverschwendug weiter ... Für eine Befragung, für deren Bewerbung Bürger und Bürgerinnen, deren Steuergeld ungefragt verschwendet wird, sich von Regierungsmitgliedern Beleidigungen anhören und sich belügen lassen müssen, wie beispielsweise von der christ schwarzen Sicherheitsministerin Johanna Mikl-Leitner:

Ein bezahltes Sozialjahr wäre der Anfang vom Ende der Ehrenamtlichkeit, sagte Mikl-Leitner – und es sei nicht der Weg der ÖVP, “dass jeder, wenn er Hand anlegt, auch die Hand aufhält.”

Es kann nachgelesen werden, welche Leistungen ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich erbringen, einen jährlichen Beitrag in Milliardenhöhe. Und die ehrenamtliche Mitarbeit von rund drei Millionen Menschen in Österreich wird nicht deshalb geleistet, weil es Wehrpflicht und Zivildienst gibt ... Nach der Einfalt von Johanna Mikl-Leitner dürfte es, da es keine Wehrpflicht und keinen Zivilzwangsdienst für Frauen gibt, keine ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen geben. Das Gegenteil aber ist der Fall. Johanna Mikl-Leitner beleidigt mit dieser Aussage nicht nur drei Millionen ehrenamtlich tätige Menschen, verbreitet mit dieser ihrer Aussage nicht nur Falsches über die Ehrenamtlichkeit, sie spricht mit dieser Aussage auch etwas Wahres aus, wenn ihre Aussage richtig gelesen geschrieben wird:

Es ist der Weg der ÖVP, daß jeder, wenn er nicht Hand anlegt, auch die Hand aufhält ...

Und das ist gerade im Bereich des [Militärs generell und weltweit](#), worauf selbstverständlich die ÖVP keinen Einfluß und wofür die ÖVP nicht verantwortlich oder beschuldigt werden kann, gang und gäbe, aber es ist in Österreich nicht anders:

Dafür reicht ein Wort vollkommen: Eurofighter ...

Die Eurofighter und damit der militärische Bereich offenbart wieder einmal eine Untugend, oder, nach einem Wort von Michael Spindelegger, Tradition, die aber entgegen der spindeleggerschen Beschwörung keine Zukunft mehr haben darf, nämlich die Untugend oder Tradition, so zu tun, jetzt wie Reinhold Mitterlehner so zu tun, als hätte niemand je etwas mit irgend etwas, beispielsweise mit der Anschaffung der Eurofighter, zu tun gehabt, und auch so zu tun, jetzt wie Martin Bartenstein so zu tun, es sich nicht erklären zu können, wie es je dazu kommen konnte ... Wobei bei Martin Bartenstein sich die Frage stellt, was er sich nicht erklären kann, daß es zu den Machenschaften bei der Beschaffung von Schmiergeld mit dazu gelieferten Eurofightern kam, oder mehr, daß er sich nicht erklären kann, daß es jetzt endlich zur Aufklärung dieser Machenschaften ...

Einzig verantwortungsvolle Antwort an diese Regierung: Null-Beteiligung an der Volksbefragung vulgo Parteigagpolitik Bundesheer

Johanna Mikl-Leitner, christschwarze Sicherheitsministerin, hat mit ihrer dieswöchigen Aussage noch einmal kenntlich gemacht, daß diese „Volksbefragung“ tatsächlich nie als eine wirkliche Volksbefragung angelegt war, sondern von Anfang an als ein „Wahlkampfgag“:

Man dürfe nicht „wegen eines Wahlkampfgags der SPÖ in Wien“ auf ein gut bewährtes System verzichten.

Der „Wahlkampfgag“, den Johanna Mikl-Leitner der SPÖ unterstellt, ist aber auch ein Wahlkampfgag der christschwarzen Partei, denn die Regierungsbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer ist sowohl eine der sozialdemokratischen Partei als auch eine der christschwarzen Partei, beide Parteien haben sich also zusammengetan für einen Wahlkampfgag mit einer auf zwei Sätze aufgeteilten Frage ...

Es ist nicht zu erwarten, daß ÖVP und SPÖ ihre Parteigagpolitik noch ändern und also in den paar verbleibenden Monaten dieser Legislaturperiode zu einer verantwortungsvollen und aktiven Politik finden werden, somit die Volksbefragung doch noch von selber absagen. Daher kann es auf diese steuergeldteure Parteigagpolitik am 20. Jänner 2013 nur eine entschiedene und eindeutige Antwort von Bürgern und Bürgerinnen geben, diese Verantwortungslosigkeit nicht noch durch Beteiligung zu unterstützen.

Die Parole für den 20. Jänner 2013 kann nur und muß lauten:

Null-Beteiligung!

PS Bitte einen eventuell übersehenden Tippfehler freundlich zu entschuldigen: Es passierte ständig ungewollt, daß “gag” als “gang” geschrieben wurde. Trotz sofortiger Ausbesserungen, kann menschgemäß es doch übersehen worden sein, alle Tippfehler zu korrigieren, und also “Wahlkampfgang” einmal unverbessert im Text ...

Regierungsbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer – Ein Fiasko

Ein Fiasko, etwas anderes als ein Fiasko wird es nicht werden ...

Ein Fiasko für den derzeitigen Verteidigungsminister Norbert Darabos, weil seine fehlende Überzeugungskraft am 21. Jänner 2013 für alle offensichtlich geworden sein wird. Denn mit jeder Woche erhöht sich in den Umfragen die Zustimmung zur Wehrpflicht. Auch in der hier gestellten Umfrage erhöht sich die Zustimmung für die Wehrpflicht von Tag zu Tag. Waren es am 26. Oktober 2012 noch knapp 54 Prozent, so sind es heute, am 8. November 2012, bereits über 60 Prozent. Die Ausweitung der Wehrpflicht auch auf Frauen ist bei der Angabe dieser Zwischenergebnisse einberechnet.

Ein verheerendes Signal für Norbert Darabos, der die Wehrpflicht abschaffen möchte, während Bürger und Bürgerinnen sogar für eine Ausweitung ...

Im Vergleich dazu sinkt die Zustimmung zu einem Berufsheer stetig, sinkt die Zustimmung zu einem Berufsheer auf das gleiche Niveau der Zustimmung für die Abschaffung des Bundesheeres herab -, ein weiteres verheerendes Signal für Norbert Darabos; denn für die Abschaffung des Bundesheeres ergreift niemand mächtig das Wort, für die Abschaffung des Bundesheeres gibt es keine breiten Plattformen, schon gar keine mit sogenannten prominenten Sprechern und Sprecherinnen, die für die Abschaffung des Bundesheeres werben, und die Abschaffung des Bundesheeres ist kein Modell eines Ministers, dem breiteste mediale Möglichkeiten zu ihrer Bewerbung zur Verfügung stehen -, und dennoch sprechen sich in dieser Umfrage genauso viele Menschen für die Abschaffung des Bundesheeres aus als für ein Berufsheer ...

Ein Fiasko, etwas anderes als ein Fiasko wird es nicht werden ...

„Laura Rudas hat auf einer Militärveranstaltung sogar zugegeben, dass es hier nicht um Sachargumente geht.“

Um überzeugen zu können, bedarf es Argumente, die stimmen und die gespeist sind aus einem ausgereiften Konzept für die Umsetzung und dieses unterlegt mit einem nachvollziehbaren und realistischen Kostenplan ... Aber, wie gelesen werden kann, um Sachargumente, wird Laura Rudas von Udo Ladinig als Zeugin aufgerufen, geht es bei dieser Regierungsbefragung ja gar nicht ... Es geht um das Gewinnen, wie Bundeskanzler Werner Faymann und Verteidigungsminister Norbert Darabos sagen. Die Falschaussage von Werner Faymann zum „Zwangsheer“, das es nur noch in „Zypern oder Estland“ geben soll“, erhöht nicht die Chance auf einen „Gewinn“ ... Denn die Wehrpflicht gibt es in mehr Staaten als nur in den von Werner Faymann behaupteten. Und was heißt das überhaupt generell, in einer Volksbefragung gewinnen zu wollen? Gegen wen will Werner Faymann und Norbert Darabos in dieser Regierungsbefragung gewinnen? Wen wollen Werner Faymann und Norbert Darabos in dieser Regierungsbefragung als jene sehen, die verlieren? Nach den derzeitigen Umfragen werden Werner Faymann und Norbert Darabos nicht gewinnen, nur verlieren, und die Christschwarzen, die nach ihnen wohl verlieren sollen, werden gewinnen. Aber was werden die Christschwarzen mit ihrem Führer Michael Spindelegger gewinnen, und vor allem womit? Die Christschwarzen werden damit gewinnen, daß sie einfach gefordert haben werden, weiter so machen, mit Wehrpflicht weitermachen -, die Christschwarzen werden also damit gewinnen, daß sie auf das seit Jahrzehnten Gehabte gesetzt haben werden, ohne sich dafür nur im geringsten angestrengt haben zu müssen, wenigstens eine annähernd als neu zu bezeichnende Idee -, während die SPÖ zumindest mit einem für Österreich neuen, wenn auch keinem eigenen Puzzle ...

Ein Fiasko ...

Diese parteipolitische Herangehensweise ist ein weiterer Grund, nicht an dieser Regierungsbefragung teilzunehmen. Es ÖVP und SPÖ allein zu überlassen, sich gegenseitig diese auf zwei Sätze aufgeteilte Frage zu beantworten.

Da aber für diese Regierungsbefragung enorm viel Steuergeld verschwendet werden wird, müssen verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger massiv die Forderung erheben:

Diese Regierungsbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer ist abzusagen.

Freilich können Bürgerinnen und Bürger sich dabei gegenüber SPÖ und ÖVP großzügig zeigen und ihnen eine kleine Regierungsbefragung zugestehen und finanzieren, eine Regierungsbefragung beschränkt auf die Mitglieder der derzeitigen Regierung und vielleicht noch auf die zwei Klubobmänner und die zwei Landeshauptmänner ... Die Kosten für rund 20 Briefe, die sich dann SPÖ und ÖVP gegenseitig mit dem jeweiligen Satz mit dem Ersuchen um Beantwortung schickten, machen auch nicht Eurofighter mehr flugtauglich ... Und ÖVP und SPÖ könnten dabei sogar Sparwillen noch beweisen, wenn sie die kleine Regierungsbefragung unter sich per E-Mail ...

Weitere Argumente, weshalb die große und zehn Millionen Euro verschlingende Regierungsbefragung abzusagen ist, werden hier noch nachgereicht werden ...

Für ein Berufsheer sind nur 21 Prozent

der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Umfrage zur Geld-Her- oder-Geld-Her-Regierungsbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer, die sich bisher an dieser beteiligten.

Das sind nicht einmal zwei ganze Prozent mehr an Zustimmung als für die Abschaffung des Bundesheeres ...

Wie bekannt ist, ist das Modell eines Berufsheeres die von Verteidigungsminister Norbert Darabos bevorzugte Variante, für die er eine breite Zustimmung sich erhofft. Ob “Modell” das richtige Wort ist? Nachdem bis jetzt noch kein vollständig ausgezeichnetes Modell für ein Berufsheer vorliegt, ist es wohl eher ein Puzzle Berufsheer, und als ein solches menschgemäß keine Grundlage für eine Volksbefragung. Und wie auch dieses Zwischenergebnis deutlich zeigt, sind Bürgerinnen und Bürger nicht derart verantwortungslos, einem Puzzle in der von Norbert Darabos erhofften Höhe zuzustimmen, noch lassen sich dafür einspannen, die Arbeit des Verteidigungsministers zu machen, also die Teile selbst zusammenzusuchen, wie ein derartiges Berufsheer organisiert sein könnte, um dann darüber verantwortungsbewußt abstimmen zu können ...

Die Zustimmung zum Puzzle Berufsheer sind aber auch um zwei Prozent niedriger als die Zustimmung dafür, daß die allgemeine Wehrpflicht ausgeweitet werden sollte. So vergeßlich dürften Bürger und Bürgerinnen doch nicht sein, sie dürften nicht vergessen haben, daß Norbert Darabos noch vor gar nicht allzu langer Zeit, in dieser seiner Amtsperiode, einer Wehrpflicht für Frauen keine Absage erteilte, im Gegenteil ...

Die Geld-Her-oder-Geld-Her-Volksbefragung zum Bundesheer am 20. Jänner 2013

Es hat zwar Dr. Michael Spindelegger sich dahingehend geäußert, mit der Volksbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer ein Beispiel für “direkte Demokratie” machen zu wollen. Schon daran war bereits das Unaussgereifte, das Willkürliche und die Verantwortungslosigkeit erkennbar, sowohl was das Bundesheer als auch die Demokratie betrifft.

Es wurde gestern ausgeführt, weshalb das Militär ein komplexes Thema ist, dem die österreichische Bundesregierung mit ihrer auf zwei Sätze aufgeteilte Frage in keiner Weise gerecht wird, das unter Wehrberufsheerpflicht – Volksbefragung ist keine Volksbefragung, höchstens eine inhaltlich arme, aber steuergeldteure Umfrage nachgelesen werden kann, heute möchte dazu die

Parlamentarische Initiative von Bürgern und Bürgerinnen zur Abschaffung des Bundesheeres

vorgestellt werden, mit ihren sehr konstruktiven Überlegungen und Vorschlägen, die bei deren Umsetzung für die Zukunftssicherung aussichtsreicher sein werden, als weiter darauf zu setzen, ein Militär könne für irgend etwas gut sein, außer für die Rüstungsindustrie und für jene, die im Morden das höchste Menschenglück ... Daß es mit dem Militär zu keinerlei konstruktiven und also zufriedenstellenden und vor allem friedlichen Lösungen je kommen kann, dafür gibt es sogar ein Österreich direkt betreffendes und konkretes Beispiel: In 2014 werden es vierzig Jahre sein, werden es vier Jahrzehnte sein, daß österreichische Soldaten auf den Golan-Höhen als “Friedenssoldaten” im Einsatz sind. Es mag, vielleicht, “Friedenssoldaten” schön klingen, aber in keiner Weise richtig, denn den Frieden gibt es dort immer noch nicht ...

Die Überlegungen und Vorschläge, die der Versöhnungsbund nun einbringen möchte, klingen nach tatsächlicher Zukunftssicherung, während die von der österreichischen Regierung Geld-Her-oder-Geld-Her-Volksbefragung nach gefährlichem Stillstand klingt, und es daher eine zu unterschreibende Initiative ist:

Darum bringt der Versöhnungsbund im österreichischen Parlament den Antrag von Bürgern und Bürgerinnen ein, der Nationalrat möge die geeigneten gesetzlichen Maßnahmen setzen für:

die Abschaffung des Bundesheeres, die Einrichtung einer Institution für den Katastrophenschutz, die Sicherung sozialer Aufgaben durch Schaffung bezahlter Arbeitsverhältnisse, kollektivvertraglich und sozialversicherungsrechtlich abgesichert, die Einführung ziviler Friedensdienste und eine aktive Friedenspolitik Österreichs.

Im vorgeschlagenen Text zur Volksbefragung zur Wehrpflicht fehlt den EinbringerInnen die wesentliche Fragestellung, nämlich ob und wozu Österreich überhaupt ein Bundesheer braucht, bzw. die Möglichkeit einer alternativen Stellungnahme im Sinne dieser Bürgerinitiative.

Insbesondere treten wir für die Verwirklichung folgender beispielhafter Punkte für eine aktive, gewaltfreie Friedenspolitik als Modell einer alternativen Sicherheitspolitik mit rein zivilen Mitteln für Österreich, Europa und die Welt ein:

1. *Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und des Bundesheers in Österreich.*
2. *Die Einrichtung einer eigenen Institution für den Zivil- und Katastrophenschutz, die im In- und Ausland zur Verfügung steht.*

- 3. Die Übernahme der bisher von Zivildienstleistenden erfüllten Aufgaben im Sozialbereich, im Rettungswesen, im Umweltschutz und in der Jugend- sowie Flüchtlingsarbeit einerseits durch bezahlte Arbeitskräfte, andererseits durch die Schaffung eines freiwilligen zivilen Dienstes, der von Frauen und Männer jeden Alters geleistet werden kann. In diesen freiwilligen Dienst sollen auch die »Auslandsdienste« (§ 12b ZDG) inkludiert sein, sodass die Ableistung eines freiwilligen zivilen Dienstes auch außerhalb Österreichs möglich ist.*
- 4. Die Einführung von staatlich geförderten Zivilen Friedensdiensten mit gut ausgebildeten Friedensfachkräften zur Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung im In- und Ausland.*
- 5. Die Aufstockung der Entwicklungshilfe und Maßnahmen gegen die Ursachen von Armut und Hunger weltweit.*
- 6. Den fortgesetzten Einsatz für weltweite, v. a. nukleare Abrüstung sowie die verbesserte Kontrolle und Verringerung bis hin zur Abschaffung des Waffenhandels für militärische Zwecke.*
- 7. Die Förderung der Friedensforschung und Friedenserziehung im gesamten Bildungsbereich.*
- 8. Die Einrichtung eines Friedensministeriums an Stelle des Verteidigungsministeriums, das staatliche Maßnahmen und Maßnahmen der Zivilgesellschaft im Rahmen einer aktiven Friedenspolitik koordiniert.*
- 9. Die Beibehaltung der immerwährenden Neutralität als unbewaffnete Neutralität und die aktive Gestaltung der österreichischen Neutralitätspolitik als Ausdruck der Nichtteilnahme an jeglichen militärischen Aktivitäten und im Sinne einer Vermittlungstätigkeit in Konfliktfällen*
- 10. Investitionen in den Sozialstaat und eine nachhaltige und sozial gerechte Wirtschafts- und Umverteilungspolitik sind die eigentlichen Herausforderungen um Sicherheit zu gewährleisten.*

Die größte Bedrohung geht derzeit von den Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise aus, die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union soziale Spannungen verschärft; gleichzeitig ist das vorhandene Vermögen ungerecht verteilt.

Unterschriftsberechtigt sind wahlberechtigte österreichische StaatsbürgerInnen (ab 16 Jahren). Listen bitte anfordern und zurücksenden an: Internationaler Versöhnungsbund, Ledergasse 23/3/27, 1080 Wien

Das sind alles auch ohne die Geld-Her-oder-Geld-Her-Volksbefragung der sozialdemokratischen und christschwarzen Partei notwendige Ziele, die zu erreichen zukunftsnotwendig sind, weil es zukunftssichernde Maßnahmen sind. In einem Punkt betrifft es aber diese von zwei Landeshauptmännern angestiftete Regierungsumfrage: Sollte es bei der auf zwei Sätze aufgeteilte Frage bleiben, kann es am 20. Jänner 2013 nur eine Antwort geben, sich daran nicht zu beteiligen ...

Wehrberufsheerpflicht – Volksbefragung ist keine Volksbefragung Höchstens eine Umfrage, eine zwar inhaltlich arme, dafür aber steuergeldteure Umfrage ...

Zur Ehrenrettung der Meinungsumfragen aber ist zu schreiben, daß es zum einem sehr umfangreiche Meinungserhebungen zu mannigfachen Themen durch Forschungsinstitute gibt, zum anderen Forschungsinstitute eher dazu bereit wären, ihre Institute zu schließen, als eine derart ärmliche und diesem komplexen Thema nicht angemessene Umfrage vorzulegen, wie es die österreichische Regierung eben vorhat zu tun.

Für die Abschaffung des Bundesheeres sind ebenso viele als für das Berufsheer und keine absolute Mehrheit für die Wehrpflicht.

Das Militär ist ein komplexes Thema, weit über die schlichte Frage hinaus, ob es eine Wehrpflicht oder ein Berufsheer hinkünftig geben soll, wobei die Argumente für die Wehrpflicht als auch für das Berufsheer ebenso kurzgegriffen und auf wenige reduziert sind, wie die als Volksbefragung mühsam verkauften auf zwei Fragen reduzierte Umfrage von der christschwarzen und von der sozialdemokratischen Partei. Darüber hinaus heben sich gerade die im Vordergrund stehenden finanziellen Argumente gegeneinander auf, denn weder kann stichhaltig argumentiert werden, daß ein Berufsheer billiger als die Wehrpflicht kommen werde, noch daß die Wehrpflicht teurer als ein Berufsheer kommen werde ... Ein weiteres Argument, um noch zwei Beispiele aus den vielen vorzubringen, es werde jungen Männern durch die Wehrpflicht sogenannte Lebenszeit gestohlen, löst sich rasch in Luft auf, wird an die von allen Seiten viel beschworene Bildungsmisere in Österreich gedacht; dann wäre die gesamte Pflichtschulzeit eine gestohlene Lebenszeit, nicht nur den jungen Männern, in Österreich ...

Ein Argument für das Berufsheer wird sehr strapaziert, daß nämlich ein Berufsheer professioneller und effizienter sein würde -, wird an den österreichischen Fußball dabei gedacht, darf angenommen werden, daß ein Berufsheer ebenso ineffizient würde werden, wie die hochbezahlten Fußballer den österreichischen Fußball international erfolglos ...

Das Militär ist nicht für sich ein komplexes Thema, sondern wird durch seinen Konnex zu einem komplexen Thema, das grundlegend zur Weiterentwicklung der Gesellschaft zu einer friedlichen zu debattieren ist. Jedoch die von der österreichischen Regierung vorgelegte Umfrage für den 20. Jänner 2013 ist nichts anderes als die Fortsetzung des Bestehenden, das Verharren in den blutigen Denkmustern einer Todesgesellschaft, die für die Rüstungsindustrie zwar ein sehr gutes Geschäft ist, aber für alle anderen ein äußerst schlechtes weil gar kein Geschäft ist, sondern nur eines, das sie zu bezahlen haben. Ob Wehrpflicht oder Berufsheer ist eine Entscheidung, die diese Regierung selbst zu treffen hat, aber ebenso wie es ihr an Visionen mangelt, fehlt es ihr an Entscheidungskraft. Es ist eine läppische Entscheidung, die zu fällen wäre, aber sogar für eine derart läppische Entscheidung fehlt es dieser Regierung an allem, was nötig ist, um die einfachste Entscheidung treffen zu können.

Das Militär ist nicht für sich ein komplexes Thema, das in Anbetracht der rasant sich ändernden klimatischen Bedingungen zum Schlechten hin, um das tatsächliche Horrorszenario der Zukunft anzusprechen, bald kein Thema mehr sein wird, denn kein Militär wird je noch einen Schutz vor Umweltkatastrophen und nachhaltig zerstörten Lebensräumen leisten können. Es ist zwar unangebracht in bezug auf die Natur von Verteidigung zu sprechen, aber es ist weitaus sinnvoller das weltweit massenhaft verschwendete Geld für das Militär rechtzeitig noch dafür zu investieren, die rasant zum Schlechten hin sich verändernden Umweltbedingungen zu stoppen. Alle für das Militär weltweit verschwendeten Ressourcen u.v.a.m. der Entwicklung von Technologien zur Verfügung zu stellen, für den Präventionsumweltschutz anstelle der unzureichenden Reparatur- und Aufräumarbeiten von Umweltschäden nach Katastrophen.

Das wäre eine Volksbefragung wert, grundlegende Fragen zu stellen, um zu einer breitesten Bewußtmachung und schließlich zu einem breitesten gesellschaftlichen Konsens zu kommen, zu einer entscheidenden Weichenstellung für die Zukunft, und nicht diese läppische Frage, ob Geld für die Wehrpflicht oder für ein Berufsheer hinkünftig ausgegeben werden soll ... Mit dem vorrangigen Blick darauf, daß es Beispielwirkung haben könnte auf andere Länder ...

Um zum Innerösterreichischen zurückzukehren. Es liegen viele Vorschläge vor, diese Umfrage wenigstens zu einer umfangreichen und auf dem regierungsfernen Niveau der geführten Debatte über das Militär zu machen. Im heutigen “Standard” wird beispielsweise eine Umfrage mit wenigstens drei Optionen vorgeschlagen, dem Bundeskanzler und dem Vizekanzler wurde, ein weiteres Beispiel, von [Mirko Messner von der KPÖ](#) brieflich vorgeschlagen:

Wir halten den für die Volksbefragung vorgeschlagenen Text jedoch für verkürzt. Wird das Instrument einer Volksbefragung demokratiepolitisch ernst genommen, sollte dabei nämlich auch die grundsätzliche Haltung, ob Österreich überhaupt ein Bundesheer braucht oder nicht, gefragt werden.

Wir schlagen daher vor, die Fragestellung zur Volksbefragung folgendermaßen abzuändern:

„Sind Sie für die ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres und für den Ausbau der sozialen Dienste und des Katastrophenschutzes? Ja/Nein Wenn nein: Sind Sie für die Einführung eines Berufsheeres und eines bezahlten freiwilligen Sozialjahres? Oder sind Sie für die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und des Zivildienstes?“

Da die österreichische Regierung ihre auf zwei Sätze aufgeteilte Frage vermassen eine Volksbefragung nennt, kann die [Umfrage, an der zu beteiligen Sie herzlich eingeladen sind, ebenso eine Volksbefragung](#) genannt werden, eine [Volksbefragung mit wenigstens vier Fragen, die von Dritten übernommen wurden.](#)

Sollte die österreichische Regierung bei dieser Umfrage nach Geld für Wehrpflicht oder Geld für Berufsheer aber bleiben, ist die einzige Antwort, die ihr zu geben ist, sich an dieser Umfrage am 20. Jänner 2013 gar nicht zu beteiligen ...

Eine Umfrage als Minimalvariante einer dem Namen Volksbefragung tatsächlich angemessenen Volksbefragung zu Wehrpflicht und Berufsheer

Die von der christschwarzen Partei und von der sozialdemokratischen Partei auf den 20. Jänner 2013 festgelegte Volksbefragung zum österreichischen Bundesheer ist eine auf zwei Fragen reduzierte vollkommen unzureichende ... Denn auch im Hinblick auf das Militär gibt es nicht nur Rot und Schwarz, wie die zwei Fragen suggerieren sollen, sondern mannigfache Schattierungen ...

Umfrage zur Bundesheer-Volksbefragung am 20. Jänner 2013

Sie sind herzlich eingeladen, an dieser Umfrage teilzunehmen, die nicht als eine klassische Umfrage zu verstehen ist, in der ausschließlich die prozentuale Verteilung von Meinungen zu einem bestimmten Thema interessiert, sondern als eine Umfrage, um mit Ihrer Meinungsabgabe vor allem zu bekunden, daß die von SPÖ und ÖVP für den 20. Jänner 2013 festgesetzte Volksbefragung mit den zwei madigen Fragen – entweder Wehrpflicht oder Berufsheer – absolut unvollständig ist.

Bundesheer - Sind Sie für:

- a) eine Beibehaltung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstpflicht für Männer,
- b) eine Ausweitung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstpflicht auf Frauen,
- c) eine Berufsarmee und den Ausbau des freiwilligen Zivildienstes,
- d) eine Abschaffung des Bundesheeres, unbewaffnete Neutralität und freiwillige Zivildienste.

[VoteView ResultsPolldaddy.com](#)

Es ist nicht nur eine auf zwei Fragen reduzierte und dadurch absolut unzureichende Volksbefragung, sondern auch: Entweder von SPÖ und ÖVP eine als Beleidigung gedachte Volksbefragung, weil beide Parteien den Menschen nicht zumuten, fähig zu sein, sich zwischen mehr als zwei Fragen entscheiden zu können, oder, was zutreffender sein dürfte, beide Parteien nicht mehr fähig sind, als je nur mehr eine Frage zu denken, die sie nun proporzmaßig zusammenschmissen, um eine Volksbefragung zu basteln, die weit unter dem hohen Diskussionsniveau außerhalb von den beiden Parteien der politischen Arriéregarde auch zum Komplex Militär zurückbleibt ...

Darüber hinaus sind Sie auch herzlich eingeladen, weitere Fragen in Ihren Kommentaren zu formulieren, denn es geht sehr weit über die zwei von SPÖ und ÖVP hingeschmissenen Fragen und auch weit über die vier hier gestellten Fragen hinaus ...

Berufssoldat schießt Norbert Darabos ins Knie

Das ist nicht tatsächlich geschehen. Wirklich passiert ist einem Berufssoldaten aber vor einigen Tagen, seinen Fuß zu treffen. Dieser Berufssoldat schoß damit nicht nur dem Verteidigungsminister ins Knie, sondern allen, die nun vermehrt losmarschieren, um für ein Berufsheer zu werben, mit Sätzen wie -

Berufssoldaten seien bestens ausgebildet. Berufssoldaten seien hochprofessionell. Berufssoldaten seien ...

Anfang Juli dieses Jahres verstarb ein Berufssoldat, ein weiterer Berufssoldat wurde verletzt, und die vier Grundwehrdiener, die sich ebenfalls in diesem Panzer befanden, der vom bei diesem Unglück verstorbenen Berufssoldaten ohne gültige Fahrgenehmigung in ein Schlammloch gelenkt wurde, blieben unverletzt ...

Berufssoldaten seien bestens ausgebildet. Berufssoldaten seien hochprofessionell. Berufssoldaten seien ...

Der im Juli 2012 ums Leben gekommene Berufssoldat war nicht der erste Soldat des österreichischen Bundesheeres, der in Ausübung seines Dienstes ohne sogenannten Feindkontakt starb ... Soldaten gefährden die Sicherheit, ihre eigene, aber auch von jenen, zu deren Sicherheit sie eigentlich angestellt sind, als Berufssoldaten, oder zwangsverpflichtet, als Grundwehrdiener. Aber das muß nicht wiederholt, was bereits geschrieben wurde in [Wer im Ernstfall am wenigsten in Österreich zur Verteidigung beitragen wird – Das Bundesheer](#) -, Hinzugefügt werden kann: gleich ob es ein Berufsheer ist oder ein Wehrpflichtheer ...

Der Panzer im Schlammloch veranschaulicht sehr gut den weltweiten Zustand, in dem die Menschheit mit ihrem Festhalten am Militär steckt -, es geht nichts weiter.

Auch wenn es heutzutage weltweit gang und gäbe ist, das Militär als friedenserhaltende Organisation zu bewerben, so ist es bei dieser Werbung wie bei jeder anderen auch, die Kosten und die Schäden beim Kauf dieses Produktes übersteigen bei weitem den Nutzen, das Fünkchen Wahrheit, das vielleicht in dieser Reklame steckt, ist stets hochteuer erkauft, und nicht nur mit Geld ...

Mit dem Militär ist kein Frieden zu haben, mit dem Militär ist kein Frieden zu machen. Dafür ist nicht nur die Geschichte eine Kronzeugin, sondern auch die Gegenwart ...

Wie Sie auf der Karte sehen können, mußte eine Umfrage gestartet werden, um daran zu erinnern, daß bei der bevorstehenden Volksbefragung über das Bundesheer eine Frage nicht gestellt wird, aber die zu stellen, so oder ähnlich, um aus diesem Schlammloch endlich herauszukommen, wenigstens herauszukommen zu versuchen, notwendig ist, und auch den für diese Volksbefragung verantwortlichen Parteien der Sozialdemokratie und der Christschwarzerei zu verdeutlichen, daß Volksbefragungen an sich zwar gut seien, aber eine Volksbefragung mit nicht allen stellbaren Fragen nichts aus -, auch das muß jetzt nicht noch einmal genauer ausgeführt werden, es darf verwiesen werden auf: [Travestie einer Volksbefragung](#) ...

Wolfgang Koch hat am 1. September 2012 in Tageszeitung *Der Standard* folgenden Vorschlag unterbreitet:

Eine breite demokratische Legitimation hätte darum nur eine Volksbefragung mit vier Zukunftsoptionen im Heeresbereich. Die Fragestellung an alle müßte gerechterweise lauten:

Sind Sie für:

- a) eine Beibehaltung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstpflicht für Männer,*
- b) eine Ausweitung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstpflicht auf Frauen,*

- c) eine Berufsarmee und den Ausbau des freiwilligen Zivildienstes,
- d) eine Abschaffung des Bundesheeres, unbewaffnete Neutralität und freiwillige Zivildienste.

Nur eine solche vierteilige Fragestellung berücksichtigt alle politischen Konzepte in der Diskussion über Sinn und Aufgaben der österreichischen Landesverteidigung. Nur diese offene Befragung wäre geeignet, ein wahrheitsgetreues Meinungsbild der Bevölkerung zum jährlich zwei Milliarden Euro verschlingenden Verteidigungsbudget einzuholen.

Allein der faire und öffentliche Wettstreit aller vier Konzepte könnte einer politischen Klasse, welche aus freien Stücken den klügsten Weg nicht zu gehen wagt, die Richtung zu einem Friedensbeitrag für die Welt weisen

Die hier erst vor kurzem gestartete Umfrage wird per sofort geschlossen. Zugunsten einer neuen Umfrage, mit diesen von Wolfgang Koch formulierten vier Fragen:

Bundesheer - Sind Sie für:

- a) eine Beibehaltung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstpflicht für Männer,
- b) eine Ausweitung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstpflicht auf Frauen,
- c) eine Berufsarmee und den Ausbau des freiwilligen Zivildienstes,
- d) eine Abschaffung des Bundesheeres, unbewaffnete Neutralität und freiwillige Zivildienste.

[VoteView ResultsPolldaddy.com](#)

Denn die von ÖVP und SPÖ zwei vorgelegten Fragen taugen zu nicht mehr als zur Selbstfeierung der beiden Parten, in der die nur Sogenannte zu bezeichnende Volksbefragung beide Parteien ihre jeweils verlangte Antwort als Ergebnis haben wollen, um daraus parteipolitische Vorteile, wie sie meinen, für die nächsten Wahlen ziehen zu können ...

Travestie einer Volksbefragung über die Transe mit dem Kosenamen Bundesheer

Dr. Michael Spindelegger sagte zum medial eingeleiteten Sommerende:

Machen wir ein Beispiel für direkte Demokratie – und jetzt haben wir

Den Salat ... Der abgedankte Vizekanzler und Parteiobmann sagte “Beispiel”, aber als persönliche Referenz an die Zeit vor dem eigenen Pflichtschulbesuch, in der Soldaten, die zu Übungszwecken über die Felder liefen, vom Kind mit dem Ausruf entdeckt wurden, die Salaten kommen, scheint der Ausruf sehr passend:

“Und jetzt haben wir” den Salat!

... aber es wäre eine Geringschätzung des Salates. Was jetzt tatsächlich gehabt wird, ist weder ein Beispiel noch ein Salat, sondern schlicht Gatsch. Vergatscht darin sind Demokratie und direkte Demokratie. Andererseits lässt sich in diesem Gatsch dennoch klar die Einstellung auch des Parteipolitfunktionärs Michael Spindelegger zur angewandten Demokratie durch diese Gegenstellung von Demokratie und direkte Demokratie erkennen ... Denn eine Demokratie enthält bereits alle Formen der Teilhabe, die nun als die der “direkten Demokratie” verkauft werden wollen. Auch ein Michael Spindelegger möchte “direkte Demokratie” lediglich als Beispiele machen -, das nächste Beispiel dann wieder in, vielleicht, fünf, in neun Jahren oder gar in drei Jahren? Es ist das Modell einer Drei-Klassen-Demokratie: die erste Klasse ist die Demokratie, wie sie auch von einem Michael Spindelegger verstanden und gelebt wird, die dritte Klasse ist die direkte Demokratie, die alle paar Jahre eine Teilhabe vorsieht, während zwischenzeitlich auf überfüllten Gängen darauf gewartet werden darf, in die Demokratie eingelassen zu werden, wenn auch jeweils nur für eine kurze Frage ...

Was aber für eine Teilhabe darf bei dem Eintritt alle paar Jahre in die Demokratie erwartet werden? Für die Teilhabe wird, um beim Beispielmacher Michael Spindelegger zu bleiben, angeboten das für eine Demokratie im Grunde selbstverständlich zu seiende Instrument der Volksbefragung ... Schon dieses spindeleggersche Beispiel zeigt auf, daß aus den überfüllten Gängen zwar in die Demokratie der Einlaß gewährt wird, aber nur in eine streng abgegrenzte und streng bewachte Ecke der Demokratie, in der die dritte Klasse sich für einen Moment als zweite Klasse und für einen Augenblick, wenn die Augen ganz fest zugemacht werden, behandelt fühlen darf, wie die erste Klasse, auf der aber auch ein Michael Spindelegger nur gnadenhalber mit Sicht auf St. Pölten lie...

Und dieses spindeleggersche Beispiel ist in Wahrheit die Travestie einer Volksbefragung. Es wird keine wesentliche Frage gestellt. Es wird kein visionäres Modell zur Befragung gebracht, es werden Schuldige gesucht. Und die Schuldige, das ist jetzt schon klar, wird die dritte Klasse sein, der dann angelastet werden wird, für die enormen Kosten verantwortlich zu sein. Denn im günstigsten Fall wird sich die dritte Klasse, ganz egal welches Modell sie vorziehen wird, für gleichbleibende Kosten, oder im schlimmsten Fall, wie befürchtet wird, bei der Bevorzugung des Berufsmodells mit noch weit höheren Kosten, verantworten müssen. Die dritte Klasse wird dann von den gewählten Verantwortungsträgern und gewählten Verantwortungsträgerinnen verantwortlich gemacht werden für in diesem Bereich steigende Staatsausgaben, für die Verschwendug von Steuergeld ...

Und die zehn Millionen teure (aber ohne Einrechnung der zu erwartenden enormen Ausgaben der christschwarzen und der sozialdemokratischen Partei für das Bewerben ihrer jeweiligen “Modelle”) Travestie einer Volksbefragung wird gegeben über die “Bundesheer” gerufene Transe ... Zum einen kann die Bundesheer von sich nicht sagen, sie sei Armee, vor allem weil für ihre Existenzberichtigung seit Ewigkeiten vorgebracht wird – der Katastrophenschutz, zum anderen kann die Bundesheer von sich nicht sagen, sie sei Katastrophenschutz, dagegen spricht die Statistik ihrer Einsätze bei Katastrophen ...

Die Bundesheer kann auch nicht sagen, sie sei nur Wehrpflicht, denn bereits jetzt gibt es alle Modelle, die in dieser Travestie vorgetanzt werden ... Die Wehrpflicht kann nicht als Argument der Garantie für den Zivildienst herhalten, denn dieser ist ein Bereich, der ebenfalls neu gedacht und vor allem von der Bundesheer entkoppelt zu denken ist, und bei dem auch zu vergessen ist, daß dieser aus Verlegenheit geschaffen wurde, aber geschuldet einem nationalen Weltbild und der Vorstellung, es müsse dem Staat unbedingt gedient werden, mit der Waffe oder mit der Urinflasche in der Hand -, wobei noch zu beantworten wäre, ob die Bundesheer weiß, was sie mit ihren Fingern umklammert ...

Die Bundesheer ist eigentlich, mit einem empathischen Blick auf sie, die ärmste wenn auch äußerst teuer zu stehen kommende Transe im Land, weil keine oder zu viele Identitäten, und darüber hinaus, wie schon mehrfach berichtet, vielleicht gerade deshalb so gefährlich vor allem für sich selbst und für die Menschen, für deren Sicherheit sie ...

“Machen wir ein Beispiel”, sagte Michael Spindelegger und sagte in Wahrheit: Gatschen wir weiter so!

Es ist auch deshalb eine Travestie einer Volksbefragung, weil es das Wesen einer Show ist, alles auszublenden, was ein Umdenken, ein Neudenken erforderte, vor allem den Willen zur Umgestaltung, mehr noch, Neugestaltung der Gesellschaft, die ohne Militär auskommt. Das Wesen einer Show ist es auch, Tatsachen auszublenden. Nicht nur die Tatsache, daß das Militär weder zum Friedenserhalt noch zur Friedenssicherung noch zum Frieden überhaupt etwas beitragen kann, wie weltweit geschichtlich und gegenwärtig belegt ist, sondern auch die Tatsache, daß das Militär der größte Förderer krimineller Machenschaften ist, etwa der Korruption, sogar die Bundesheer, wird an die noch immer nicht gänzlich geklärten Machenschaften allein beim Ankauf der Flieger ...

Die Umfrage, zu der Sie abschließend herzlich eingeladen sind, sich zu beteiligen, ist nicht als eine Umfrage im herkömmlichen Sinn anzusehen, sondern um auch diese Frage in die Debatte einzubringen und diese nicht gänzlich unterm Tuchent wieder einmal verschwunden zu wissen, und auch als Ihre Selbstbefragung, mit der Sie zugleich auch einem Michael Spindelegger ein Beispiel dafür geben können, was es heute oder vor allem heute heißt, das “Hirn einzuschalten”, in dem Sie in Kommentaren ihre Ideen, ihre Visionen hinzufügen, die auch ein Michael Spindelegger schmerzlich weil zukunftsschädigend vermissen läßt. Es wird nicht nach der Abschaffung der Bundesheer gefragt, sondern nach dem Abschaffen des Militärs an sich, womit im Bereich des Militärs die engen, vollkommen bedeutungslosen Grenzen Österreichs verlassen werden, was aber nicht ausschließt, daß auch in Österreich ein Beispiel gegeben werden kann, für eine im Grunde Erst-gestaltung des Zusammenlebens in einem dauer gesicherten Frieden ...

PS Es wurde schon einiges über das Militär geschrieben. Zum Nachlesen klicken Sie die Stichwörter “[Militär](#)” oder auch “[Bundesheer](#)” an.

PPS Weshalb, werden Sie sich vielleicht fragen, so stark auf Michael Spindelegger Bezug genommen wurde? Und nicht etwa auf [Norbert Darabos, den derzeitigen Verteidigungsminister](#)? Nun, wohl deshalb, weil Michael Spindelegger in dem gleichen Gespräch nicht nur mit seinem Machen dieses Beispiels vorführte, was es heißt, wenn er “sein Hirn einschalte”, sondern auch mit einem weiteren Beispiel ...

PPPS Zum [Erfüllungsgehilfen Norbert Darabos muß nicht ein weiteres Mal das geschrieben werden](#), was schon geschrieben wurde ...

Dogma Militär

Abschaffung der organisierten Vernichtung

Mehr unverständlich ist es, daß Expertinnen der Ökonomie zwar die Pensionserhöhung als »Anschlag auf die junge Generation« zu kritisieren imstande sind, das Militär aber als die exemplarische Organisation der Geldvernichtung nicht.

Für das Dogma Militär also wird die Ausweitung der Konflikte zwischen den Generationen verantwortungslos in Kauf genommen.

Ökonomisch macht aber, um nur bei diesem Beispiel zu bleiben, allein die Pensionserhöhung Sinn, denn mit dieser können Lebende arbeiten und wirtschaftlichen Mehrwert schöpfen.

Das Militär, welcher Nation auch immer, hingegen schöpft ausschließlich Löcher aus den enormen Steuerleistungen, die alle Generationen, welcher Nation auch immer, durch alle Zeiten hindurch zu erbringen haben. Und alle Generationen aller Zeiten aller Reiche verbrennen mit im Feuerungsverfahren zum einzigen Produkt der Militärs: Asche.

Es ist also hoch an der Zeit so breit wie irgend möglich über die ersatzlose Abschaffung der Militärs zu reden. Wobei das Ergebnis, die ersatzlose Abschaffung der Militärs also, nicht weiter mehr zu diskutieren ist, sondern lediglich das Wie und das rasche Wann der ersatzlosen Abschaffung der Militärs.

Zu reden darüber ist, um damit einmal zu beginnen (besser: auch zu beginnen dabei mitzumachen), mit Mag. Norbert Darabos, nicht weil er Verteidigungsminister ist, sondern er selbst einer der ersten Befehlenden geworden ist, obgleich er seinerzeit den Zivildienst und nicht die organisierte Vernichtung gewählt hat.

Aus diesem Grunde kopiere ich nun diese Heftseite gleich und sende diese auch weiter an: norbert.darabos@bmlv.gv.at —

Im [Kabinett des Bundesministers](#) erstellt: [GZ S90323/1206-KBM/2007](#).

http://www.kraut.co.at/Encore_plus_comme_si_pas_suff/Satzbuch_zu_den_Tagen_in_Oster/Dogma_Militar/dogma_militar.html

Am Flowchart pissem Hand in Hand Militär und Rüstungsindustrie stets auf alles und stets alle an

Ganz gleich ob es der Wahrheit entspricht oder nicht, das Bild der Soldaten, die auf tote Menschen pissem, ist das Symbol besthin für jedwedes Militär auf dieser Welt, jedes Militär pißt alle an und überschwemmt jedes Stück Erde mit seiner gelbbräunlichen Pisse. Es sind nicht die einzelnen Soldaten, die, wenn auch regelmäßig, empörende Aktionen setzen, in die große mediale Aufregung zu rücken, denen, sofort bei ihrer Rückkehr in das Zivilleben, wieder ein Platz in der Schlange der Anzupissenden zugewiesen wird, und den die Soldaten wie selbstverständlich wieder einzunehmen bereit sind. Es ist das Militär insgesamt, das eine einzige skandalöse Organisation ist, zu verurteilen und endlich abzuschaffen, womit eine Paradoxie endlich zur Auflösung zu bringen ist, nämlich, daß der Mensch den Frieden, nichts anderes ist ständig von allen zu hören, verkündet und zugleich, nichts anderes wird weiter ständig gemacht, den Krieg mit der luxuriösesten Infrastruktur, die gekannt wird, fortwährend verschwenderisch auszustatten.

Ob nun ein paar Soldaten tatsächlich auf tote Menschen pinkelten, ob jemand dieses Video geschickt produzierte, ist gleichgültig, diese Soldaten oder jene, die diesen Film herstellten, sind auszuzeichnen. Sie haben der Welt das Bild über das Militär geliefert, das in jedem Zimmer dieser Welt aufzuhängen ist, um immer vor Augen zu haben, was das Militär grundsätzlich ist, was die grundsätzliche Aufgabe jedweden Militärs ist, nämlich alle anzupissen, unabhängig davon, ob die Zeit eine Zeit des Friedens oder eine Zeit des Krieges genannt wird, wobei, weltweit betrachtet, keine Zeit des Friedens existiert.

Dafür könnten aktuelle Beispiele angeführt werden, aber es können täglich seit einer Ewigkeit aktuelle Beispiele vorgebracht werden. Und mit Sicherheit werden Ihnen aktuelle Beispiele einfallen, vielleicht denken Sie an Ägypten, oder an Nordkorea, oder an Griechenland, oder an Deutschland, wieder an Syrien, oder an ...

Was aber nicht täglich passiert, sind Sparpakete, die aktuell europaweit ausgeliefert werden, beliebtes Transportmittel sind die Eurofighter, deren Hersteller sich wohl gleich selbst von der Empfängerliste gestrichen haben, womit die zweite oder bereits die erste Pisserin vorgestellt ist, die [Rüstungsindustrie, über die vor kurzem in der Zeit](#) ebenfalls berichtet wurde, ein Ausschnitt:

Eigentlich unglaublich: In diesem Frühjahr entscheidet sich, ob Griechenland im Euro-Raum überlebt oder zur Drachme zurückkehrt. An dem Morgen, an dem im Café freimütig Interna ausgeplaudert werden, behandeln Mediziner in Athener Krankenhäusern nur noch Notfälle, streiken Busfahrer, fehlen noch immer Schulbücher in den Schulen und demonstrieren Tausende Staatsbedienstete gegen ihre angekündigte Entlassung. Griechenlands Regierung verkündet ein neues Sparprogramm, das kaum einen Griechen verschont. Es sei denn, er arbeitet beim Militär oder in der Rüstungsindustrie. An diesen beiden Bereichen ist nämlich noch jedes Sparpaket beinahe spurlos vorübergegangen.

Schluß mit dem Luxus Militär

“Schluß mit dem Luxus Militär” löst nicht “Die Waffen nieder” ab, sondern ist eine Forderung, die ergänzend zu stellen ist, gerade jetzt in den Tagen, in denen nur von einem in Europa noch zu hören und zu lesen ist, als wäre es unausweichlich, als wäre es des Menschen einzige verbliebene Rettung, als spräche die Vorsehung selbst vom geteilten Himmel herab, wer alle zu sparen haben, wer alle Opfer zu erbringen haben, wobei wieder einmal vor allem jene zum Sparen angehalten werden, die nicht für die Schulden verantwortlich sind, die auch je nicht von den Schulden profitieren ...

Es wird wieder einmal jenen, gegen die immer der Saldo verbucht wird, einzureden versucht, das sei ihr Daseinssinn, ihre Bestimmung und ihr mit allen zu teilender Reichtum, wieder einmal in ihrem einzigen Hemd auf dem Feld der ...

“Schluß mit dem Luxus Militär” ist von der “Friedens-Warte” aus zu rufen, ist soher eine Aufforderung, groß zu denken, neu zu denken. Gerade in Österreich gibt es u.v.a. einen Menschen, nämlich Alfred Hermann Fried, der Anreger für das derzeitige politische Personal sein müßte, Vorbild dafür, anders zu denken, neu zu denken, neue Wege zu gehen, auch in der Konsolidierung des Staatsbudgets. Das Staatsbudget als Zeichen zu materialisieren für das Wollen einer Weiterentwicklung der Gesellschaft, mehr, eines neuen Fundaments der Gesellschaft. Denn das Staatsbudget ist kein Haushaltsbudget, das allein mit traditionellem Groschenzusammenkratzen in Ordnung gebracht werden kann, Möglicherweise hat der zurzeitigen Finanzministerin, aber nicht nur ihr, noch niemand gesagt, daß der Staat kein Vier-Personen-Haushalt ist, für den der Stammtisch im Cottage als *think tank* ...

PS Wie jedem Luxusboy giert es dem Militär ebenfalls nach immer mehr, auch nach immateriellen Werten, die anderen weggenommen werden müssen, andere diese ebenfalls teuer zu bezahlen haben. Ein aktuelles Beispiel aus Österreich: [Sicherheitspolizeigesetz – Militär will es noch strenger.](#)

Eine Todesgesellschaft, die im militärischen Luxus lebt, hat kein Sparargument

Es mag eine italienische Ministerin ehren, ein Sparpaket nicht eiskalt vorzutragen, anderseits verkaufen sich vermeintliche Notwendigkeiten mit Tränen um einiges besser, lassen Tränen leichter viele davon überzeugen, es gibt keine andere Wahl, es müssen alle Opfer bringen, es müssen alle sparen, vor allem jene, die nichts zum Sparen haben, Tränen lassen Menschen milde werden, zueinander finden, Tränen gebieren die Hoffnung, es wieder schaffen zu können, wenn nur alle zusammenhalten, Tränen gründen die Schicksalsgemeinschaft zum freudigschweren Verzicht leichter, unter Tränen werden die Ärmel leichter gemeinsam hochgekrempelt, die Spaten geschultert, um in Reih' und Glied sich ausziehen zu lassen, der Nation rettende Dämme zu errichten, hinter denen die Profiteure des leeren Begriffs Nation ihre Villen zu Burgen ... Tränen eignen sich vorzüglich als Vorhänge, um davor den Luxus zu verbergen, von dem nicht gelassen werden will, nicht nur in Italien. Vom Militär. Und auch das Militär bestätigt die Definition von Luxus. Luxus ist Verschwendung und in jedweder Hinsicht ist Luxus ohne Nutzen. Luxus ist kein Instrument für Lösungen. Luxus wird zumeist, heutzutage nur noch als prahlerisches, geistloses und verarmtes Genießen vorgeführt. Es ist der Luxus einer nach wie vor vom Tod her bestimmten und nach wie vor auf den Tod hin ausgerichteten Gesellschaft, denn sie ist eher dazu bereit, die Erde zu vernichten, als endlich das Militär aufzugeben. Womit nicht die Vernichtung der Erde nicht einmal durch einen letzten alles auslöschenden Krieg gemeint ist, sondern die Gleichgültigkeit gegenüber den ökologischen Notwendigkeiten, bevor also auf den Luxus Militär verzichtet werden will, wird leichtfertig und verantwortungslos auf alle Investitionen in finanzieller und geistiger Hinsicht verzichtet, die

dringlich absolut notwendig sind, um die erdumfassende ökologische Zerstörung zu verhindern.

Durch Tränen hindurch können keine Zahlen gelesen werden, und noch weniger, durch den Tränenschleier können keine Zahlen verglichen werden, beispielsweise die Zahlen der Ausgaben des italienischen Staates für das Militär mit den Zahlen des aktuell angekündigten Sparpakets, oder die Zahlen der Ausgaben des kanadischen Staates für das Militär mit den Zahlen der Einsparungen durch den Ausstieg aus dem Kyoto-Protokoll.

Aus aller Welt könnten Beispiele genannt werden, aber es soll ab hier auf ein Land als Beispiel fast gänzlich eingeschränkt werden, nämlich auf Österreich, in erster Linie deshalb, weil zu seinem [Militär bereits einiges geschrieben wurde](#), zum anderen aus aktuellen Gründen.

Kaum wurde der kanadische Plan bekannt, aus dem Kyoto-Protokoll auszusteigen, um sich Geld zu sparen, hat der österreichische Umweltminister Nikolaus Berlakovich das aufgegriffen, um, wie es der freiheitliche Umweltsprecher Norbert Hofer formuliert, österreichisches Steuergeld zu retten.

Einundzwanzig Jahre lang mußte kein österreichisches Steuergeld gerettet werden, das 21 Jahre lang ausgegeben wurde, um Soldaten zu ermöglichen, in Burgenland und auch in Niederösterreich spazierenzugehen. Für die Soldaten selbst war es kein Luxusleben, aber für den Staat war es zum Luxus noch ein Luxus, in 21 Jahren 355.814 Menschen zum Spazierengehen ...

Eine [österreichische Ministerin verkündet in der heutigen Umsonst „Österreich“ ihr pumperlhartes Sparpaket](#) in der Höhe von 2,8 Milliarden. Das österreichische Bundesheer kostet in einem Jahr über 2 Milliarden Euro. Damit ist aber noch nicht alles bezahlt, was das Bundesheer kostet. Es kommen immer noch irgendwelche Kosten dazu.

Wie hoch werden wohl allein die Kosten gewesen sein u.v.a.m. für den Eurofighter-Ausschuss? Jedwedes Militär in Verbindung mit der Waffenindustrie ist der beste Nährboden für Korruption, moralische Verkommenheit ...

Wer sich den Luxus Militär leisten kann, hat kein Argument für Sparprogramme, die vor allem jenen aufgebürdet werden, die im Zivilleben keinen Luxus kennen, und die, eingezogen zum Militär, beim Militär auch keine anderen Rechte haben, als an der Front in der ersten Reihe auch zu bluten. Wem die karg gefüllten Taschen im Zivilleben geleert wurden, bleibt wohl leichter für immer auf dem Schlachtfeld ...

Das Abschaffen des Militärs, menschgemäß nicht nur in Österreich, führte zu einer entspannten und also enthysterisierten Sicht auf die gegenwärtige Krise, denn, was bleibt von der Krise, ohne den Luxus Militär ...

Der Verzicht auf den Luxus Militär geht menschgemäß weit darüber hinaus, lediglich zu sparen, sondern bedeutet den radikalen Wechsel von einer Todesgesellschaft zu einer Lebensgesellschaft mit einer sozialen Werteskala, und eine Lebensgesellschaft, die alles Bisherige und alles für unumstößlich Gehaltene aufgibt und vergißt, findet lebensbejahende Antworten, erstellt lebensbejahende Konzepte, versteht es lebensbejahend zu reformieren, wird entschieden gegen die fortschreitende erdumfassende Vernichtung der Lebensgrundlagen für nicht nur das sprechende Tier sondern für jedwedes Lebewesen auftreten, keinen Beitrag mehr leisten wollen zum ökologischen Supergau.

Das Abschaffen des Militärs heißt im Grunde, tatsächlich in die Zivilisation einzutreten.

Wer in einem Ernstfall am wenigsten in Österreich zur Verteidigung beitragen wird – Das Bundesheer

Daran mußte gedacht werden, als gelesen wurde, es seien in einer Kaserne Autos abgefackelt worden, auf einem militärisch bewachten eingezäunten Gelände brannten Autos vollständig aus, unter der Bewachung durch Soldaten gelang es also, in einer Kaserne, unbemerkt Feuer zu legen ...

Menschgemäß kann nicht alles verhindert werden, aber es ist nicht der erste Fall, daß in einer Kaserne, auf einem bewachten Areal das Bundesheer sogar beim Schützen ihrer eigenen Liegenschaft ... [Das Bundesheer die Polizei zur Hilfe rufen muß ...](#)

Und wenn das Bundesheer einmal ausrückt, wird es [gefährlich, nicht für das Militär eines anderen Staates, sondern tatsächlich für ...](#)

Der über zwei Jahrzehnte dauernde Assistenzeinsatz des Bundesheeres an der Grenze läßt mit seiner Leistungsbilanz auch zu keinem anderen Ergebnis kommen, als, das Bundesheer wäre derart mit den [eigenverschuldeten Unfällen beschäftigt, daß jedwedes Militär in Österreich einmarschieren könnte, als wäre es auf einem Betriebsausflug mit Fahrrädern, in kurzen Hosen und ausgerüstet lediglich mit Picknickkörben ...](#)

Das Bundesheer wird aber nicht nur gefährlich, wenn es einmal ausrückt, es wird auch gefährlich für jeden Bürger und jede Bürgerin in Österreich, wenn es in seinen Stuben bleibt und sich beispielsweise [mit der Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes beschäftigt und seine Meinung dazu ...](#)

Es geht menschgemäß weit darüber hinaus, ob das österreichische Bundesheer für irgend etwas tauglich ist oder nicht, und es geht, noch wichtiger, weit über Österreich hinaus, weshalb das Militär Thema, mehr noch, über das Militär und die gesamten militärisch-industriellen Komplex breitest diskutiert werden muß, um endlich zum Ergebnis zu kommen, das dann tatsächlich auch ohne Verzögerung umgesetzt wird:

Schluß mit dem Luxus Militär!

Nicht über Kulturetkürzungen reden, sondern Militärbudgets zu 100% für Kultur ausgeben

Es scheint nun die Diskussion über den “Kulturinfarkt” auch rasch in Österreich angekommen zu sein, eine unnötige, eine überflüssige und eine falsche, eine Diskussion, in die nicht einzusteigen ist ...

Denn es kann nie genug Kultur geben, mehr noch, es muß immer noch mehr Kultur geben, wenn endlich die Tötungsgesellschaft und die durch Militär und Rüstungsindustrie pervertierte und korrumptierte Gesellschaft überwunden werden will ...

Es ist jedoch bitterer Ausdruck dieser Tötungsgesellschaft, bereitwillig eine gänzlich falsche Diskussion breit aufzugreifen, Argumente für und Argumente gegen Kulturetkürzungen hervorzu kramen, leichtfertig Kultur zu schwächen, ganz gleich ob mit Argumenten für oder mit Argumenten gegen die Kulturbudgets, es wird die Kultur damit insgesamt verantwortungslos in Frage gestellt ...

Es kann aber nur eine einzige Aktion geben, es kann nur eine einzige Forderung geben, gerade in Zeiten des Sparwahns, der auch Kultur zugrunde richten will, es kann nur die nicht verhandelbare Forderung der ersatzlosen Abschaffung jedweden Militärs geben, die Forderung der einhundertprozentigen Verwendung von Militärbudgets für Kultur weltweit, in jedem Staat ...

Es ist auch bitterer Ausdruck dieser Tötungsgesellschaft, die fortwährenden und weiter explodierenden Ausgaben für Militärs einfach hinzunehmen, dagegen nicht breitest diskutieren zu wollen, zu können, dagegen nicht breitest und massiv vorgehen zu wollen, zu können,

obgleich jedwedes Militär die größtmögliche Vernichtungs- und Auslöschungsmaschinerie wie auch Verschwendungs maschinerie ist, die gekannt wird,

obgleich jedwedes Militär vollkommen ohne Nutzen und absolut ohne Weltverbesserungspotential,

obgleich jedwedes Militär das größtmögliche Hemmnis für jede nachhaltige Entwicklung,

obgleich jedwedes Militär ohne Umwegrentabilität,

obgleich jedwedes Militär mit seiner Fleisch- und Blutsucht die höchstmöglichen Umwegkosten verursacht ...

Anti-Terror-Paket/Polizeigesetz – Militär will es noch strenger

Es soll diesem [Ministerialentwurf einer Novelle des Sicherheitspolizeigesetzes](#) aber auch Gerechtigkeit widerfahren und also nicht verschwiegen werden, daß es durchaus Befürworter gibt, wie gelesen werden kann. Das Militär. *Militär* klingt eigentlich für das österreichische Bundesheer zu gefährlich, obgleich es doch ein gefährlicher Verband ist, ein für sich selbst gefährlicher, sich selbst gefährdender Verband, wie das jüngste Beispiel wieder eindrücklich zeigte, als ein langjähriger Angehöriger im Offiziersrang sich selbst, in den Finger schoß.

Und dieser selbstgefährdende Verband will das Sicherheitspolizeigesetz, wie in seiner Stellungnahme gelesen werden kann, noch strenger, es noch ausweiten, vom Informationskuchen ein recht großes Stück ...

Polizei und Militär wollen also gemeinsam alle Bürger und Bürgerinnen dieses Landes in eine ihre strenge Datenkammer sperren -, selbstverständlich bloß, um es einfacher zu haben, zu vermeiden diese mühsamen *Schriftverfahren* ...

Die vorliegende polizeibefugnisrechtliche Sammelnovelle als Teil 2 des sogenannten „Anti-Terror-Pakets“ der Bundesregierung wird seitens des BMLVS in grundsätzlicher Hinsicht begrüßt. Im Detail wird auch zufriedenstellend zur Kenntnis genommen, dass durch die in Aussicht genommene Anfügung eines neuen Satzes im § 83a Abs. 1 SPG das Tragen von Uniformen oder Uniformteilen, die durch ihren äußerem „Anschein“ eine Verwechslung etwa auch mit Uniformen des Bundesheeres zulassen, in Zukunft verboten sein wird und mittels Verwaltungsstrafe sanktioniert werden soll. Zu § 38 Abs 5 SPG wird angeregt, den unbestimmten Gesetzesbegriff „schwerwiegender Eingriff in die Rechte des Besitzes“ entweder zumindest in den Erläuterungen näher auszuführen oder das Wort „schwerwiegend“ im Normtext überhaupt ersatzlos zu streichen.

Es erscheint nämlich keinem Besitzer zumutbar, eine Besitzstörung bis zum Vorliegen einer Entscheidung eines Zivilgerichtes dulden oder zu Selbsthilfemaßnahmen greifen zu müssen.

Diese Novellierung des § 57 SPG sollte auch zum Anlass genommen werden, eine eindeutige gesetzliche Übermittlungsbefugnis an „militärische Organe [...]“

Der Verwaltungsaufwand durch die gegenwärtig ständig praktizierten schriftlichen Anfragen ist sowohl bei den Sicherheitsbehörden als auch im BMLVS enorm und könnte dadurch in Zukunft vermieden werden. Die durch das mühsame Schriftverfahren bedingten Zeitverzögerungen stoßen vor allem bei der Bearbeitung von sogenannten „Verlässlichkeitsprüfungen“ für Angehörige ziviler Firmen [...] (Hervorhebungen B.K.)

Norbert Darabos – jahreszeitlicher Erfüllungsgehilfe

Im Sommer 2010 war im Magazin “News” zu lesen, am 22. Juli:

Eine Wehrpflicht für Frauen in Österreich ist für Verteidigungsminister Darabos ‘aktuell kein Thema’. Man komme mit den männlichen Wehrpflichtigen vollends aus und habe nicht vor, etwas daran zu ändern, so Darabos. Wenn Frauen irgendwann den Männern voll gleichgestellt seien, etwa bei den Löhnen, könne man über eine Wehrpflicht für Frauen nachdenken, allerdings langfristig.

Irgendwann im Herbst 2010 das Bekenntnis von Norbert Darabos in der Heeresbroschüre:

Die allgemeine Wehrpflicht ist der entscheidende Faktor zur kontinuierlichen Sicherstellung jenes Personals, das die Abdeckung des gesamten Leistungsspektrums des Bundesheers gewährleistet. Sie ist somit ein Garant für die Sicherheit und Stabilität Österreichs.

Und nun im Winter, Kleine Zeitung, 17. Jänner 2011:

Wir werden einen der radikalsten Schritte in der Zweiten Republik setzen müssen’, sagte er am Montag bei der Präsentation seiner Alternativmodelle zur Wehrpflicht. Darabos möchte den Wehrdienst aussetzen und stattdessen ein Mischheer aus Berufs- und Milizsoldaten aufstellen.

Wessen Erfüllungsgehilfe wird Norbert Darabos im Frühling sein?

Es werden die Beweggründe von Norbert Darabos, einst Zivildiener zu werden, nicht gewußt. Vielleicht hatte er keine, möglicherweise wünschte sich eine Frau, um die er warb, keinen Soldaten zum Freund, und er erfüllte bloß ihr den Wunsch.

Es wäre schön, würde im Frühjahr zum Beispiel Bundespräsident Dr. Heinz Fischer nicht noch einmal über die Wehrpflicht, etwa auch für Frauen, spekulieren, sondern die Abschaffung des Militärs fordern. Einen Minister als Erfüllungsgehilfen hätte er dann gewiß unter sich an seiner Seite.

Aber in bezug auf das Militär ist es vollkommen unerheblich, wer was im Sommer, im Herbst, im Winter, im Frühling denkt und sagt, denn das Militär ist abzuschaffen

(<http://bernhardkraut.wordpress.com/2010/07/23/nicht-die-wehrpflicht-sond...>).

Nicht die Wehrpflicht, das Militär ist abzuschaffen

Es gibt, um ein Beispieldland stellvertretend herauszugreifen, in Österreich eine aktuelle Diskussion über die Wehrpflicht, über eine Wehrpflicht sogar für Frauen, ausgelöst durch eine vollkommen aberwitzige und vorgestrigie und wohl auch vor allem männlich bestimmte und denkfreie Vorstellung von der Gleichstellung von Frau und Mann. Die Vorstellung, eine Gleichstellung von Frau und Mann müsse auch dazu führen, daß die Frau ebenfalls eine staatsverpflichtete Mörderin und Selbstmörderin wird, ist nicht der guten Sache der Gleichstellung geschuldet, sondern dem vernunftfreien Denken, die Lösung der Menschheit ist im Töten und im Getötetwerden ...

Die Pflicht, sich zu wehren, ist jedoch eine auszuweitende Pflicht, menschgemäß nicht im national-, transnational-militärischen Sinne ...

Das Militär aber ist endgültig und ersatzlos abzuschaffen, nicht nur weil es in Kriegen ganze Länder unter Blut setzt, sondern weil es auch absolut keine Lösung bietet und nie Lösungen zum Besseren hin je lieferte und niemals liefern wird ...

Das Militär aber ist endgültig und ersatzlos abzuschaffen, weil es auch, um bei dem Beispieldland ohne Krieg zu bleiben, nur Geld verschwendet, das, nicht nur heute, sondern immer schon, für tatsächliche Umsetzungen von daseinsförderlichen Lösungen besser aufgewendet ist ... In Österreich ist das Halten eines Bundesheeres *nur* Geldverschwendug, in vielen Staaten aber ist das Halten des Monsters Militär auch ohne Krieg nicht *nur* Verschwendug von Geld für *toys*, sondern eine leidzementierende, armutstabilisierende und tödliche ...

Bernhard Kraut,
1030 Wien.
Alle Rechte vorbehalten, Dezember 2012.

Alle Texte dieses Begleitbuches sind abrufbar:
www.pronoever.wordpress.com,
www.bernhardkraut.wordpress.com,
www.kraut.co.at

Wer nach wie vor auf eine österreichweite Informationsbroschüre der rotschwarzen Regierung wartet, wem in der aktuellen breiten öffentlichen und breiten medialen Diskussion die Bandbreite des Themas Militär zu eingeschränkt behandelt wird, zu reduziert auf die läppische Frage nach Wehrpflicht und Berufsheer, die von dieser rotschwarzen Regierung längst schon hätte gelöst werden können, wer noch auf der Suche nach Informationen ist, um am 20. Jänner 2013 im Gegensatz zur Regierung verantwortungsvoll handeln zu können, eine weitere Grundlage für die Entscheidung zu haben, an der “Volksbefragung” im Jänner sich zu beteiligen, oder, sich nicht zu beteiligen, wird hier fündig ...

Bundesheer - Sind Sie für:

- a) eine Beibehaltung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstplicht für Männer,
- b) eine Ausweitung der allgemeinen Wehr- und Zivildienstplicht auf Frauen,
- c) eine Berufsarmee und den Ausbau des freiwilligen Zivildienstes,
- d) eine Abschaffung des Bundesheeres, unbewaffnete Neutralität und freiwillige Zivildienste.

Vote